

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 115, Samstag, 10. Dezember 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX
Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

WO IST DIE »VIERTE GEWALT«, DIE FREIE PRESSE? HIER! Dies ist die 115. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

FREIHEIT



WAS TUN MIT DEN ASOZIALEN?

Wo Soziale sind, sind auch Asoziale. Doch ohne Gemeinsinn, Vertrauen und Kultur geht es nicht. Hoppla, wir leben – und deshalb: Auf zur Berliner Großdemo am 17. Dezember 2022 in Berlin! | Von Anselm Lenz

Wer eine soziale Ader hat, selber also sozial ist, hat es schnell mit Asozialen zu tun. Menschen also, die glauben, weil andere ja bereits sozial seien, könnten sie darauf verzichten, oder es komme nicht so darauf an, oder die Zeit sei nun wirklich reif oder nicht dazu geeignet, sozial zu sein.

Das asoziale Element wird dann im Anderen gesucht und gefunden, nicht selten in

jenen, die einen Millimeter höher stehen, gerade einen Gran mehr Erfolg haben, ein bisschen intelligenter sind oder einfach eine Minute eher dawaren.

Die Autorität kann bleiben, wenn der Nachbar oder der Mann im Krämersladen oder nur allein der PCR-Test schuld sein sollen. Der eigene Nachbar ist aber nicht der Gegner.

➔ Fortsetzung auf Seite 7

NIE WIEDER!

**BERLINER GROßDEMO
AM 17. DEZEMBER**

**NIE WIEDER KRIEG
NIE WIEDER DIKTATUR
NIE WIEDER WILKÜR**

**13 UHR BRANDENBURGER TOR
14:30 UHR AUFZUG ZUM KU'DAMM
18 UHR ABSCHLUßKUNDGEBUNG**

**MIT DABEI: DW, DG UND ERSTMALS WIEDER
MIT EIGENEM TROSS: NICHTOHNEUNS!**

16 **TSCHÜSS, PROPAGANDA!**
Diese Wochenzeitung
gibts im **ABO!**

9 **CHRONIK EINER ABRECHNUNG**
Auszug aus dem neuen
Buch von Flo Osrainik

12 **GEMEINSAM IN KATAR**
Interview mit Britta und
Thomas Berthold

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW115

- Was tun mit den Asozialen?, Seiten 1 und 7
- Chelsea Manning, Preisträgerin der Republik, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: La Famiglia, Seite 2
- Unseren tiefsten Ängsten stellen von Dr. K. Herthneck, Seite 3
- Die Masken fallen und weitere Meldungen zum Thema Gesundheit, Seite 3
- Prof. Dr. Rudolph Bauer über Scholz als US-Außenpolitiker, Seite 4
- Paul Brandenburg zur neuen Germania, Seite 4
- Zensur, Impfende Apotheker und Scholz will bleiben, Seite 4
- Nadine Strotmann ruft »rääääächts«, Seite 5
- Kolumne von Rechtsanwalt Dirk Sattelmanier, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Polizisten für Aufklärung, Seite 6
- Fortsetzung vom Titel, Seite 7
- Gefangen in Manila, Seite 7
- Bestandsaufnahme Nummer 1, Seite 8
- Interview mit Stephanie Tsomakaeva, Seite 8
- Leserbrief, Online-Hinweise, Seite 8
- Chronik einer Abrechnung, Seiten 9 und 10
- Motor Mittelstand, Seite 10
- Gordon Pankalla: Wer soll das bezahlen?, Seite 10
- Felix Feistel über die Bauernproteste in den Niederlanden und den Preisdeckel, Seite 11
- Theologe Jürgen Fliege im großen DW-Interview, Seiten 12 und 13
- DW-Verteiler werden, Seite 13
- Christen im Widerstand, Seite 14
- Gespräch mit Familie Berthold in Katar, Seiten 14 und 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 115. Ausgabe ab Samstag, 10. Dezember 2022. | Redaktionsschluss war am 1. Dezember. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stfv. Chefredaktion: Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (Ltg.), Ilija Rynkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstake, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmanier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batsaba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektur:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batsaba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinngemäß geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT:** QNTODEB2XXX.



Die Erstaunliche

Der Preis der Republik geht an Chelsea Manning.
LAUDATIO von Anselm Lenz

Die IT-Spezialistin Chelsea Manning wurde beim US-Militär als IT-Spezialistin eingesetzt und »aus Bestürzung über die Sinnlosigkeit des Krieges« zum Whistleblower, zur Aufklärerin. Am 17. Dezember hat sie Geburtstag und wird 35.

Manning sorgte für den Informationsfluss von öffentlichkeitsrelevanten Daten, die vor der Öffentlichkeit verborgen bleiben sollten. Es geht um die Verbrechen des selbsternannten »Ausnahmestaates« der Vereinigten Staaten von Amerika bei dessen weltweiten Expansions- und Beutekriegen. Am 26. Mai 2010 wurde die US-Soldatin im Irak verhaftet, weil sie insgesamt rund 500.000 Dokumente zum Kriegsgeschehen bei der Invasion Afghanistans und der Republik Irak veröffentlicht hatte.

Manning hatte ihre Aufklärungsarbeit zunächst der Washington Post, der New York Times und dem Magazin Politico angeboten, doch die zeigten sich desinteressiert. Schließlich arbeitete sie mit dem Aufklärungsportal Wikileaks des Journalisten und Programmierers Julian Assange

zusammen. Unter den veröffentlichten Videoaufnahmen finden sich mindestens 303 Fälle von Kriegsverbrechen der US-Invasionstruppen, darunter systematische Folter und das Video der »spaßhaften« Ermordung irakischer Familien und Kinder durch einen US-Kampfhubschrauber bei Garani am 4. Mai 2009, also lange nach Abschluss der Invasion. Auch das Bekanntwerden der Gräueltat im Konzentrationslager Guantánamo an der kubanischen Küste geht auf Manning zurück. Nach der Veröffentlichung wurden die Vergehen im Lager reduziert und möglicherweise ganz eingestellt.

Die Arbeit beim US-Militär und vor allem ihre weltweit bewunderte Tätigkeit als Aufklärerin erledigte Manning noch unter ihrem Geburtsnamen Bradley Edward Manning. Erst in der Haft im Jahr 2014 änderte sie ihr Geschlecht und ihren Namen. 2017 wurde sie vom damaligen US-Präsidenten Barack Obama begnadigt, 2019 wieder inhaftiert und im März 2020 aus der Beugehaft entlassen. Zuletzt äußerte Manning sich vorsichtig kritisch zum Nato-Krieg in der Ukraine, zur Corona-Lüge und zum Injektionsgenozid – und dem Versagen der Altmedien bei der Aufklärung.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN CHELSEA MANNING. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jepsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster,

Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hiltz, Ines Teetzan, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolly, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmanier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batsaba N'Diaye, Martin Kugelman, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérat, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen.

La Famiglia

EINWURF von Werner Köhne

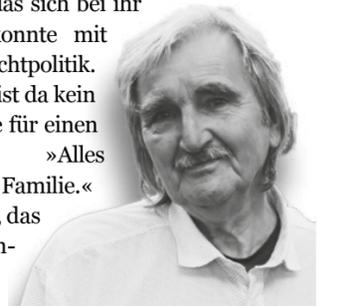
»Ich kenne keine Gesellschaft; ich kenne nur Individuen und ihre Familien.« Diese gereizte Antwort der ehemaligen britischen Premierministerin Margret Thatcher auf eine Journalistenfrage würde heute gut ins ideologische Konzept der Corona-Taktgeber passen.

Das Urteil der »Eisernen Lady« läutete schon vor 40 Jahren das Ende der britischen Gewerkschaften ein, aber nicht nur das. Auch die kritische Soziologie und ihr Gegenstand, die Gesellschaft, gerieten unter den Hammer einer neoliberalistischen Doktrin, die sich auf die Vorzüge des Individuums berief, in Wirklichkeit aber für die Lähmung der Menschen sorgte. Der Clou bei der Sache: Im Hintergrund wurde eine Strategie der moralisch getönten Uniformisierung betrieben, der der Citoyen, der politisch bewusste Bürger, zum Opfer fiel.

Man versuchte, ihn einzugemeinden in eine mythische Ganzheit vornehmlich als Volk ausgewiesen, mit Werten wie Gemeinwohl und Familiensinn moralisch aufgewertet. Angesichts der sozialen Spaltung, die besonders seit fast drei Jahren schmerzhaft durch die Familien verläuft, entwickelt der Satz Thatchers eine neue und beunruhigende Note: Wenn die Gesellschaft und ihre Analyse aus dem Blickfeld geraten, bleibt allein der einzelne Mensch in der engen Zelle der Familie zurück. Da wird er dann konfrontiert mit einer schicksalhaften Pandemie, die ihm Konformität aufzwingt und eine bornierte Identität, mit der er selbst die Solidarität mit seinen Geschwistern abwehrt. Kaum zu bestreiten, dass die politische Kaste gerade hier ungeahnte Potentiale zur Machtsteigerung witterte, frei nach dem Satz: Teile und herrsche.

WIE BEI DER MAFIA

Hier fällt mir ein Satz des Philosophen Sören Kierkegaard ein: »Wer gelernt hat, dass es das Allerfurchtbarste ist, als ein Individuum zu existieren, wird nicht bange sein zu sagen, dass es das Größte ist.« Was Margret Thatcher wohl zu diesem Satz gesagt hätte? – Vermutlich gar nichts aus ihrem familiär beschränkten Vorgartenidyll heraus – ein Idyll, das sich bei ihr verbinden konnte mit kalter Machtpolitik. Gesellschaft ist da kein Thema – wie für einen Mafia-Paten: »Alles nur für die Familie.« Ein Angebot, das man ablehnen sollte.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

••••• DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE •••••

Unseren tiefsten Ängsten stellen

Wer die Geschichte bloß kennt, muss sie leider wiederholen. Plädoyer für einen anderen Umgang mit unserer seelischen Innenwelt auch im Interesse unserer Kinder. | Von Dr. K. Herthneck

Was hat die Vergangenheit mit unserem Heute zu tun? Warum brachten »Eltern« früher ihre Kinder zur Hitlerjugend und heute ins »Impfzentrum«?

Warum ließen »Eltern« ihre Kinder im Dritten Reich mit Hakenkreuzarmbinde herumlaufen und heute mit gesundheitsschädigender und für Kinder sowieso unnötiger Atemmaske? Warum hingen auch nach dem verdienten Untergang des »Dritten Reiches« viele »Erwachsene« noch immer am Mythos vom Endsieg und »ihrem Führer«? Warum hängen heute noch Eltern, die sogar schon ein Kind nach Impfung verloren haben, weiterhin am »Impf-Mythos«? Und warum empört sich kaum jemand über solche Formen von Kindesmissbrauch?

Aus psychopathologischer Sicht erinnert das Geschehen jedenfalls, und nicht zufällig, an einen überaus traurigen Fall aus Nordamerika: Am 24. Dezember 2020 – dem Tag vor Weihnachten in den USA – wurde die vierjährige Jessica Mast von den Nachbarn ihrer »Eltern« mit deren Einverständnis grausamst ermordet, um ihr – so die vier »erwachsenen« Kirchgänger – »den Dämon auszutreiben« (indem sie geschlagen, geschändet und in Eiswasser untergetaucht wurde und man sie dann erfrieren ließ).

Man kann sich angesichts solcher äußerst kranker Vorgänge auch die Plastikempörung sogenannter »Gutmenschen« vorstellen, die ihre Kinder mit Masken, »Anti-social Distancing« oder eben einer wirklich gefährlichen »Impfung« in vollster Überzeugung zu Schaden oder gar zu Todebringen würden, nur weil es von oben befohlen wurde. Gerade so, als hätte es ein Staat je gut gemeint mit seinen Untergebenen, als gäbe es gar kein Immunsystem des Menschen, durch das er seit Jahrtausenden auch ohne »Impfungen« überlebt hat, und als stünde hinter der Verabreichung gesundheitsgefährdender Chemie nicht ein Medizinisch-Industrieller-Kapitalkomplex.



Demonstration gegen die Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes vor dem Berliner Reichstag im Herbst 2022. Foto: Sophia-Maria Antonulas

DER KILLERVIRUS ALS DÄMON

Was würde es für uns bedeuten, wenn es letztlich keinen grundsätzlichen Unterschied gäbe, zwischen »einem Dämon« oder »ein Killervirus« aus einem Menschen auszutreiben? Vermutlich wird der Unterschied nicht allzu groß sein, was »die Behandlungsform« betrifft, wenn man die Existenz von Dämonen oder Killerviren in Menschen annimmt oder eben auch nicht. Und offenbar ist auch der Unterschied in der inneren Einstellung bezüglich beider Phänomene verschwindend gering oder gar dieselbe.

Die Verifizierungsmethode scheint sich seit dem Mittelalter auch nicht grundlegend geändert zu haben, weder in medizinischen noch in religiösen Glaubenskreisen. Man testet heutzutage Menschen mit für Menschen nicht zugelassenen Testmethoden quasi »zu Tode« – ähnlich wie man früher Frauen auf dämonische Kräfte im Innern »getestet« hat – zum Beispiel durch die »Wasserprüfung«: Man warf die gefesselte arme Seele einfach in tiefes Wasser – wenn

sie nicht unterging, war sie im Bunde mit der Finsternis und wurde anschließend verbrannt; wenn sie unterging, war sie nicht vom Teufel besessen, aber trotzdem tot.

In solchen Fluchtlinien zeigt sich die innere Verbindung zwischen dem brutalen Mord an Menschen wie Jessica Mast und dem brutalen Vorgehen auch gegen Kinder durch die quälenden Covid-Kult-Zwangsregelungen: Es ist letztlich eine reine Glaubenssache, deren Inhalt beliebig austauschbar bleibt, und die als Pfropfen für den eigenen inneren Abgrund dient, dessen mörderische Aggressionen sich letztlich an jedem beliebigen Subjekt ausleben lassen. Insofern ist es eine Überlebensfrage, ob wir uns als Individuum und als Kollektiv unseren tiefsten Ängsten stellen.

Dr. K. Herthneck ist Psychoanalytiker und studierte und promovierte in Humanmedizin und Psychologie an Universitäten im In- und Ausland.

Die letzten Jahre leitete er eine Psychiatrie-Ambulanz an einem Krankenhaus und lehrt zudem seine Fächer an verschiedenen Universitäten.

MELDUNG

NACH UND NACH FÄLLT DIE MASKE

Berlin/DW. Bayern und Sachsen-Anhalt schaffen als erste Bundesländer die Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr ab. In Bayern muss die Maske ab Samstag, 10. Dezember 2022 nicht mehr getragen werden, in Sachsen-Anhalt bereits seit Donnerstag, 8. Dezember 2022 nicht mehr. Die übrigen Corona-Regeln sollen aber noch bis in den Januar 2023 verlängert werden, so die jeweiligen Landesregierungen. (hes)

VOLLE KINDERKLINIKEN

Berlin/DW. Die Kinderkliniken werden überlaufen. Nach Angaben der Nachrichtenagentur dpa erkranken derzeit ungewöhnlich viele Kinder ungewöhnlich früh in der Erkältungssaison an Atemwegserkrankungen, dem sogenannten RS-Virus. »Wir sind in einer gefährlichen Situation für die Kinder, besonders für die Kleinsten«, so Fischbach, weil der Winteranstieg von Erkrankungen noch bevorstehe. »Der Schrei nach Masken ist der übliche Reflex der Politik. Dabei ist die Maskenpflicht der zurückliegenden zwei Jahre ja ein wichtiger Grund für die aktuelle Krise«, so Fischbach, wegen der Masken seien weder die Immunsysteme der Kinder noch der Eltern trainiert worden. Der neue Atemwegsinfekt RSV soll laut Medienberichten vor allem für kleine Kinder und Babys gefährlich sein. (hes)

IMPFGUNG VON KINDERN GESTOPPT

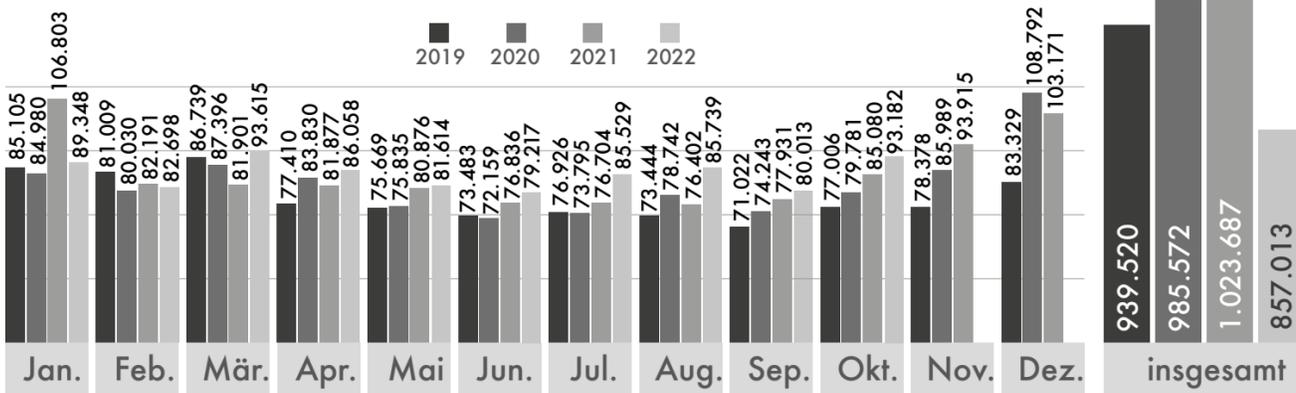
Buenos Aires/DW. »Es muss geklärt werden, welche unerwünschten Wirkungen und potenziellen Risiken die im Land zugelassenen Covid-Impfstoffe haben.« Mit dieser Erklärung ordnete der argentinische Bundesrichter Alfredo López am 30. November 2022 vorsorglich die Aussetzung der Covid-19-Impfung von Kindern im Alter von sechs Monaten bis 16 Jahren an, berichtet das Online-Portal transition-news.org. Dem Urteil war eine kollektive Unterlassungsklage vorangegangen. (sma)

ANZEIGE WEGEN VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Berlin/DW. Am 26. November 2022 reichte Sarah Luzia Hassel-Reusing – Menschenrechtsverteidigerin im Sinne der UN-Resolution 53/144 – eine internationale Strafanzeige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemäß Artikel 7 Römisches Statut durch die Corona-Schockmaßnahmen beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ein. Laut ihrer Presseerklärung umfasst die Strafanzeige 720 Seiten und beruht auf privaten ehrenamtlichen Ermittlungen von August 2020 bis November 2022. Über 600 Zeugenaussagen aus Deutschland, Griechenland Kanada und vielen anderen Ländern sind in die Anzeige eingegangen. »Im Rahmen eines ausgedehnten und systematischen Angriffs gegen Zivilbevölkerungen werden Menschen getötet oder schwer geschädigt«, heißt es in der Presseerklärung weiter. (sma)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

DIREKTER ZUGANG
ZUR ZENSUR FÜR REGIERUNGEN

Berlin/DW. Neuseelands Regierung gesteht ein, direkten Zugang zu einem Lösportal von Facebook und Instagram zu haben. Am 1. Dezember 2022 antwortete das neuseeländische Innenministerium diesbezüglich auf eine Presseanfrage, wie auch der Journalist Norbert Häring berichtete. Demnach konnte die dortige Regierung direkte Formen der Zensur vornehmen, ohne weitergehende Absprachen mit dem Tech-Konzern. Ob und in welchem Umfang auch die deutsche Bundesregierung und hiesige Behörden diesen Zugang nutzen ist noch nicht in Erfahrung gebracht worden. (hes)

KONKURRENZ FÜR ÄRZTE TEILE UND HERRSCHE

Berlin/DW. Impfkampagne soll weitergehen, dafür sollen die Apotheker dauerhaft ermächtigt werden Spritzen zu setzen. Wie das Branchenblatt *Pharmazeutische Zeitung* berichtet, plant die Bundesregierung diese Regelung an ein Gesetz für eine Gaspreisbremse zu koppeln, um es so durch den Bundestag zu bringen. Die bisherige Ermächtigung der Apotheker, die für diesen Eingriff nicht ausgebildet sind, würde sonst Ende dieses Jahres auslaufen. (hes)

WEIL'S SO SCHÖN WAR

Berlin/DW. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will sich erneut zur Wahl als Bundeskanzler stellen. Der Regentschaft der Ampelkoalition stellt er für das erste Jahr »eine positive Bilanz« aus, weshalb er drei Jahre vor der nächsten Wahl seine Kandidatur ankündigt. Seine Bilanz bisher: mit den Montagsspaziergängen die zahlenmäßig größte Demonstration der Geschichte, eine Inflationsrate von 11 Prozent, der unbeantwortete Angriff auf die Nordsee-Pipelines und das größte Aufrüstungsprogramm der deutschen Nachkriegsgeschichte. (hes)

»Globale Zeitenwende« als Rolle rückwärts

Kanzler Scholz als US-Außenpolitiker | Von Prof. Dr. Rudolph Bauer

Die US-Zeitschrift »Foreign Affairs« (zu Deutsch: **Auswärtige Angelegenheiten**) veröffentlichte am 5. Dezember einen Beitrag unter dem Namen von **Olaf Scholz (wer das Schriftstück wirklich verfasst hat, bleibt offen)**. Der Aufsatz trägt den Titel: **»Die globale Zeitenwende. Wie ein neuer Kalter Krieg in einer multipolaren Ära vermieden werden kann.«**

»Foreign Affairs« (F. A.) ist die führende US-amerikanische Zeitschrift für Außenpolitik, internationale Politik und Beziehungen. Das 1922 gegründete Journal erscheint im Auftrag des einflussreichen Think Tanks »Council on Foreign Relations« (CFR). Finanziert wird das CFR auch aus Geldern der Rockefellers und der Smith Richardson Foundation. Letztere ist eng mit dem CIA-Geheimdienst und dem US-Kriegsministerium verbunden.

F. A., ein Organ des US-amerikanischen *Deep State*, ist das richtungweisende Sprachrohr der US-amerikanischen Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik. Veröffentlichungen in diesem Journal liegen gänzlich auf der Linie des globalkapitalistischen US-Imperialismus. Der Beitrag des Bundeskanzlers entspricht völlig dieser Ausrichtung und den Anforderungen des Hegemonie-Anspruchs der Vereinigten Staaten. Scholz schreibt: »Angesichts seiner Geschichte kommt meinem Land eine besondere Verantwortung zu, die Kräfte des Faschismus, Autoritarismus und Imperialismus zu bekämpfen.« Angesichts unserer Geschichte, wenn damit die Jahre von 1933 bis 1945 gemeint sind, käme Deutschland

jedoch eher eine besondere Verantwortung für den Frieden in der Welt und nicht zuletzt für die Verständigung mit Russland zu.

TOTAL-MILITARISMUS
MIT PROFIT-INTERESSE

Für Scholz aber ist Kämpfen angesagt: Kämpfen gegen »Russlands revanchistischen Imperialismus«, nicht gegen den der Weltmacht USA. Aus der Sicht von Scholz sind Autokraten und Faschisten in aller Welt zu bekämpfen (auch mit Waffen), jedoch nicht die Retrofaschisten in der Ukraine. Es liest sich wie eine, dem Kanzler von der US-Elite hinter den Kulissen in die Feder diktierte Formel, wenn der Kanzler heuchlerisch verlautbart: Der Bundesrepublik – Scholz sagt großsprecherisch: »Deutschland« – komme »jetzt die wesentliche Aufgabe zu, als einer der Hauptgaranten für die Sicherheit in Europa Verantwortung zu übernehmen, indem wir in unsere Streitkräfte investieren, die europäische Rüstungsindustrie stärken, unsere militärische Präsenz an der Nato-Ostflanke erhöhen und die ukrainischen Streitkräfte ausbilden und ausrüsten.«

Scholzens »Globale Zeitenwende« ist eine Rolle rückwärts, eine Wende hin zum verschärften Total-Militarismus im Profit-Interesse des Militärisch-Industriellen Komplexes. Derweil befindet sich die Bevölkerung der Bundesrepublik immer noch in der (für Big-Pharma- und Digital-Profiten günstigen) Warteschleife der Virus-Pandemie: gebannt von den Spritzen-Nebenwirkungen und der Übersterblichkeit, weiterhin bedroht mit Boostern und Maskenzwang.



Berechtigte Kritik bei einer Demo in Dresden. Foto: Georgi Belickin

Die als Sicherheitsgarantie – nicht im Sinne der Russischen Forderung – getarnte militärische Aggressivität des deutschen Kanzlers gipfelt darin, den USA in unterwürfiger Vasallen-Ergebenheit Vollzug zu melden: »Einer der ersten Beschlüsse, die die Bundesregierung nach Russlands Angriff auf die Ukraine gefasst hat, war die Schaffung eines Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro, um die Bundeswehr besser auszurüsten. Wir haben sogar unser Grundgesetz geändert, damit dieses Vermögen eingerichtet werden kann.«

Die Zeitenwende des Herrn Scholz, des Kanzlers mit Erinnerungsschwäche und Gedächtnislücken, kennt keine Versöhnung, keine Diplomatie, keine Völkerfreundschaft, keine guten Beziehungen zu Nachbarstaaten wie der Russischen Föderation. Gefordert wird vielmehr in rechthaberischer Co-Imperialisten-Arroganz: »Damit der Krieg beendet wird, muss Russland seine Truppen abziehen.« Wenn dies das Letzte Wort ist, wird es für die Bewohner der Bundesrepublik auf kurz oder lang das tödlich letzte Wort sein.

»DAS LAND IST GUT AUFGESTELLT«

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

So verkündete es in der *Bild* am Sonntag, die neue Germania. Eine Frau, voller Überzeugung von sich selbst, dafür frei von Ausbildung, Berufserfahrung oder Lebensleistung.

Als Sinnbild der Völlerei erfährt diese Allegorie außerhalb ihrer Korruptionsblase das gleiche wie ihr Deutschland: nur noch Hohn oder Mitleid. Die neue Germania ist Mit-Vorsitzende einer Regierungspartei. Amtsinhaber wie sie kann es nur noch in der Mehrzahl geben. Denn wo viele die Verantwortung tragen, da trägt niemand persönliche Verantwortung. Für den Politikertyp Ricarda Lang ist die Vermeidung persönlicher Haftung Überlebensbedingung. Ob Ricarda Lang, Saskia Esken, Omid Nouripour oder Lars Klingbeil: Sie alle verkörpern das Scheitern unseres Gemeinwesens an der Übersättigung und der Korruption, die ihr unweigerlich folgt.

PARLAMENT UND
BUNDESLÄNDER

Korruption ist auch das Wesen unseres Bundestages. Dem Prinzip der Verantwortungsvermeidung folgend wurde er zu einem

Volkskongress vergrößert. Die Zahl von über 1.000 Abgeordneten ist in Sichtweite – obschon die Gesichtslosen darin bereits heute ohne Relevanz für die Grundrechtsgeltung sind. Über Jahrzehnte gaben die Regierungsparteien vor, durch Wahlrechtsreformen die stetige Vergrößerung des Parlaments umkehren zu wollen. Selbstverständlich aber geschah nichts. Seit dem Corona-Diktat macht das Regime sich nicht einmal mehr die Mühe, die Lüge aufrechtzuerhalten.

ARMEE UND
KRISENSTAB

Ähnliches gilt für die Mehrzahl an Bundesländern. Deren Scheinautonomie wurde spätestens mit Unterwerfung der »Ministerpräsidentenkonferenz« durch die notorische Verfassungsbrecherin Angela Merkel zur Farce. Eine Reduktion der Anzahl der Bundesländer, ihrer Scheinparlamente und unzähliger Landesbehörden würde denn auch im besten Falle nicht zu mehr führen als zu einer Minderung der Steuerverschwendung. Selbst daran aber ist im Endzustand unserer Korruptionsgesellschaft nicht mehr zu denken. Eine schwache Zentralmacht ist auf Intransparenz angewiesen und fürchtet

nichts mehr als dezentrale Machtzentren, die das Gegenteil bringen könnten.

Ausdruck dieser Furcht war stets auch unsere Armee. Einsatzsoldaten wissen noch heute, was seit Gründung der Bundeswehr galt: Sie taugt allenfalls dazu, den Feind abzulenken, bis eine richtige Armee eintrifft. So war es nach dem Zweiten Weltkrieg gewollt. Die Bundeswehr wurde bewusst schlecht organisiert. Ein Zentralkommando, also einen Generalstab, wie ihn jede andere Armee kennt, hat man ihr verboten. Die Teilstreitkräfte zu Wasser, Land und Luft sollten durch eigenständige Inspektoren geführt werden. Zusätzlich wurde für die Verwaltung der Bundeswehr eine Zivildbürokratie vorgeschrieben. Unter diesen Geburtsfehlern wuchs der Wasserkopf der Scheinarmee auf ein groteskes Maß. Heute verfügt sie über mehr als 200 Generäle – mehr als bei ihrer Gründung –, obwohl sich die Zahl der Soldaten in dieser Zeit halbiert hat. Dieser Zustand ist politisch ebenso gewollt, wie die chronische Unterfinanzierung der Truppe. Ihre Aufgabe war stets die symbolische Beteiligung bei der Vertretung US-amerikanischer Interessen. Aufgestiegen in der Truppe ist meist nur, wer diesen Schein wahrte. Wenig überraschend besteht

die Führungsetage heute aus dem Politikertypus Lang: selbstzufriedene Stabsoffiziere, die ihr Tötungshandwerk zu einem humanitären Dienst verklären.

Von Schadenfreude hierüber kann aber auch Pazifisten nur abgeraten werden. Beim laufenden Staatsstreich des Woko-Regimes kommt der Bundeswehr vermutlich noch eine Rolle zu. Kürzlich wurde von der Politik ein »Territorialkommando« gegründet, zur Steuerung von Militäreinsätzen im Inland. Kommandeur ist der General, der zuvor dem Corona-Krisenstab der Regierung vorstand. Sollten unter seinem Kommando eines Tages Bundeswehrsoldaten in unseren Städten Bürger schikanieren, dann wäre von seinen Offizierskollegen kein Einschreiten zu erwarten. General Erich Vad, Angela Merkels Militärberater, diagnostizierte diesen bereits vor Jahren »ausgeprägte Anpassungs- und Absicherungsmentalität, Schönrederei und Duckmäusertum«. Das alles ist laut Vad »traurige Konsequenz einer inneren Negativauslese«. Nichts anderes eben als der Wesenskern von Korruption. Damit ist die Bundeswehr heute wahrlich ein Spiegel unserer Gesellschaft. Es stimmt: Unser Land ist gut aufgestellt. Für seine Beerdigung.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite PaulBrandenburg.com.

Razzia gegen räääääächts!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick.

Vor ein paar Tagen sticht ein junger Asylant aus Eritrea in Illerkirchberg auf zwei junge Mädchen ein, kurz darauf verstirbt eins im Krankenhaus. Was folgt: das große Schweigen von Politik und Medien. Bevor die Stimmen nach kontrollierter Zuwanderung überhaupt erst aufkommen, holt der Staat mit einem Rundumschlag gegen vermeintlich militante Reichsbürger aus. Die Gazetten brüllen im Einklang: Die Gefahr kommt von räääääächts. Über die ermordete 14-Jährige und strukturelles Politikversagen spricht niemand mehr.

Georg Restle, Moderator des TV-Magazins Monitor im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, schrieb zu der Messerattacke auf dem Nachrichtendienst Twitter: »Eine Straftat so widerlich wie deren politische Instrumentalisierung.« Wer instrumentalisiert hier eigentlich wen? Die Regierung verfolgt, getrieben von den transatlantisch gesteuerten Grünen, eine links-extreme Agenda. Seit Jahren verengt sich bereits der deutsche Debattenraum, neuerdings gibt es auch endlich wieder richtige und falsche Meinungen. Eine Kollegin von Restle, die Moderatorin Dunja Hayali, war ebenso erzürnt und schrieb auf Twitter: »Wenn der Täter wichtiger ist als die Opfer ... An alle, die nur darauf warten, dass die Herkunft bekanntgeben wird: wird sie. Alles andere auch. Ermittlung braucht Zeit.

Halten wir schon x fest: Täter – Mann. Tat – unbegreiflich. Mein Mitgefühl gilt den Familien!« Die große Sorge der woken Gutmenschen scheint eine offene Debatte

zum Thema »Zuwanderung« zu sein. Eine offene Debatte darüber, wer nach Deutschland kommen und bleiben darf, oder wer ausreisen muss. Der Traum von offenen Grenzen scheint für die meisten Menschen ausgeträumt, Polizei-Statistiken sprechen Bände, und Taten wie in Illerkirchberg sind keine Einzelfälle mehr. Wir müssen darüber reden. Und wir werden es. Totschweigen, weil die Ergebnisse den Strippenziehern nicht passen, wird es nicht geben.

ZUFÄLLE GIBT'S,
DIE GIBT ES GAR NICHT

Der grausame Mord könnte aus Sicht der linksextremen Regierung die Stimmung auf dem einberufenen »Flüchtlingsgipfel« am Mittwoch, den 7. Dezember, in Stuttgart in eine ungute Richtung treiben. Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD, twitterte im Vorfeld: »Die einzig zu besprechenden Punkte beim Flüchtlingsgipfel: Einreisestopp, Grenzkontrollen und Ausweisung Ausreisepflichtiger.«

WER DIE MEDIEN STEUERT,
KONTROLLIERT DIE MENSCHEN

Laut Medienberichten hofften die Städte, Kommunen und Kreise auf ein klares Entgegenkommen des Landes ebenso wie auf deutliche Worte der Ampelkoalition zur Flüchtlingsproblematik. Die Forderung: Der Bund müsse sich konsequenter als bisher für eine faire Verteilung der Geflüchteten in der Europäischen Union einsetzen. Der Tübinger Landrat Joachim Walter sagte den Medien vorab: »Es kann nicht sein, dass Baden-Württemberg mehr Geflüchtete aus der Ukraine aufnimmt als ganz Frankreich.«



People have Power – Menschen haben Macht, lautet die Überschrift dieses Schildes, das bei einer Demonstration in Berlin hochgehalten wurde. Foto: Sophia-Maria Antonulas

Und eben in der Nacht vor diesem Gipfel, findet eine Großrazzia statt, deutschlandweit gegen ein »mutmaßliches militantes Verschwörer-Netzwerk«. Dieses soll den Staatsumsturz geplant haben. Laut MDR-Bericht hat die Bundesanwaltschaft rund 50 Tatverdächtige im Visier der Ermittlungen. »22 mutmaßliche Mitglieder und drei mutmaßliche Unterstützer wurden am Mittwochmorgen festgenommen, unter anderem der in Thüringen bekannte Heinrich XIII. Prinz Reuß.« Anscheinend wurden vorab alle System-Medien über diesen bundesweiten Zugriff informiert, sodass am Tag danach orchestriert über alle Kanäle regierungstreu und mit den immer selben Begriffen darüber berichtet wurde.

Julian Reichelt, neuerdings kritischer Journalist und ehemaliger Bild-Chefredakteur, twitterte dazu: »Unbequeme

Wahrheit: Wenn nahezu alle Redaktionen des Landes vorab von einer Geheim-Operation wissen, ist es keine Geheim-Operation, sondern eine PR-Operation.« So läuft das schon lange, lieber Herr Reichelt, und bei Corona haben Sie anfangs ja auch noch ordentlich mitgemischt, stimmt's?

Abschließend bleibt mir heute nur eine allerletzte Frage: Wie kann es sein, dass Medien in Deutschland vorab jedes Detail einer geheimen Razzia kennen, aber bis heute den Namen des Täters von Illerkirchberg nicht? – Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Der »Freispruch 2. Klasse«

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE Dirk Sattler

In dieser Woche gab es einmal mehr ein Verfahren mit dem sogenannten »Wohlfühlpaket«, das die Vorwürfe von einer ganzen Reihe von Straftaten zum Inhalt hatte. Zum Standard dieses Paketes gehörte der Verdacht des Widerstandes gegen beziehungsweise tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte (Paragrafen 113, 114 Strafgesetzbuch), das Gebrauchen eines unrichtigen Gesundheitszeugnisses (§ 279 StGB a.F.) sowie ein Hausfriedensbruch (§ 123 StGB). Das bunte Potpourri wurde als Anklage vor dem Amtsgericht Dortmund verhandelt.

Hintergrund des Verfahrens war der Besuch der Mandantin in einem Supermarkt, der am Eingang ein Schild des Konzerns angebracht hatte, auf dem neben der Maskenpflicht auch auf die verordnungsgemäßen Ausnahmen zum Tragen der Maske hingewiesen wurde. Die Mandantin war daher gutgläubig in den Verkaufsraum gegangen und tätigte ihren Einkauf in dem Glauben, mittels des beigegefügtten Attestes den Ausnahmetatbestand zu erfüllen. Aber hier machte sie die Rechnung ohne den Wirt. Denn dem Filialleiter waren trotz der

Vorgaben des Konzerns derartige Ausnahmen »Zum Schutz seiner Kundschaft« herzlich egal. Er verständigte die Polizei, die mit drei Beamten anrückte. Vor dem Supermarkt gab es eine Diskussion, die nach erfolgter Personalienkontrolle und einem Platzverweis für die Mandantin schließlich im Einsatzwagen der Polizei endete. Nach Angaben der Mandantin gefesselt, angeschnallt und mit zwangsweise aufgesetzter Maske!

Die Mandantin soll davor versucht haben, einer Beamtin ins Gesicht zu geschlagen, nachdem diese die Mandantin »mit beiden Händen an der Schulter gepackt und ein wenig geschoben« hatte, um dem ausgesprochenen Platzverweis Nachdruck zu verleihen.

Diesmal gab es bereits in der Akte ein Video, das ein gänzlich anderes Bild zeigte: Die Mandantin verhielt sich während der gesamten Diskussion normal und unauffällig und erhielt im Weggehen einen durchaus sichtbaren Stoß von der Beamtin mit beiden Händen in den Rücken. Das weitere Geschehen war nicht mehr sichtbar. Ein gefundenes Fressen für den geneigten Strafverteidiger: Die komplette Maßnahme war rechtswidrig, das nicht freiwillig vorgezeigte Attest war kein falsches Gesundheitszeugnis

und dem Hausfriedensbruch fehlte es an einem wirksamen Strafantrag. Allerdings galt es, die vor allem rechtlichen Einwendungen wie immer vor Gericht mit Nachdruck vorzutragen – dachte ich. Denn zu meiner großen Überraschung hatte der vorsitzende Richter seine »Hausaufgaben« vollumfänglich erledigt und mich sozusagen arbeitslos gemacht. Ein für mich bisher einmaliges Erlebnis als Strafverteidiger in der Corona-Zeit.

Am Ende stand daher folgerichtig die Einstellung des Verfahrens ohne Auflagen und mit Erstattung sämtlicher Kosten, was sozusagen einen »Freispruch zweiter Klasse« darstellt. Der Vorteil dieses Verfahrens gemäß Paragraph 153 Strafprozessordnung ist, dass die Einstellung endgültig ist und für die Mandantin die Sache an diesem Tage abgeschlossen werden konnte. Denn im Falle eines Freispruchs besteht die begründete Gefahr, dass durch eine Berufung der Staatsanwaltschaft die Mandantin erneut vor Gericht erscheinen muss.

Dem Vorsitzenden jedoch gebührt ein großes Lob für so viel Sachkenntnis und vielleicht auch für den Mut in diesen schweren Zeiten.

MELDUNG

67 PROZENT NICHT
FÜR TODESSTRAFE

Berlin/DW. Die Netzredaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand fragte in einer -Umfrage nach der Schwere der Verbrechen des Injektionsregimes: »Das Corona-Spritzenregime steht unter dem vielfach begründeten Verdacht, den umfangreichsten industriellen Massenmord der Geschichte organisiert zu haben. Sind Sie vor den Verfahren gegen die Verantwortlichen für Wiedereinführung der Todesstrafe?«

Von 5.599 abgegebenen Stimmen bis 6. Dezember 12:23 Uhr stimmten dabei 1.814 für die Wiedereinführung der Todesstrafe vor den Prozessen gegen die Verantwortlichen (33 Prozent): »Ja, das Verbrechen sprengt alle Maßstäbe und kann nicht ohne die Todesstrafe gesühnt werden.« Insgesamt 67 Prozent der Teilnehmer der Meinungsumfrage stimmten nicht dafür (691 Enthaltungen, entspricht 12 Prozent) beziehungsweise dagegen, 3.094, also 55 Prozent der Stimmen, entfielen auf die Antwortmöglichkeit: »Nein, ich bin gegen eine Wiedereinführung der Todesstrafe für die Corona-Verfahren«. (ale)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
 AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
 BADEN-BADEN: Donnerstag ab 13 • Badener Tagblatt • Wilhelmstr./Langestr.
 BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
 CHEMNITZ: Montag 18.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
 COBURG: Montag 18.30 • Neue Presse • Steinweg 51
 DORNBERN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
 ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
 FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
 FREIBURG: Montag ab 16 • Badische Zeitung • Lörracher Str. 3
 FÜSSEN: Freitag ab 15 • Allgäuer Zeitung • Kaiser Max Platz 3
 HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
 KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Sigmund Ullmann Platz
 KIEL: Mittwoch 13.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
 KÖLN: Mittwoch 13-18 • Öff. Rundfunkrat • Obenmarspforten 40
 KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
 LANDAU: Donnerstag ab 15 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
 LÜBECK: Donnerstag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
 MAINZ: Donnerstag ab 16 • ZDF Studio • ZDF Str. 1
 MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Landeshaus • Hopfenstr. 5
 NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
 OSNABRÜCK: Mittwoch ab 16 • NOZ • Breiter Gang
 POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
 RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16
 ROSENHEIM: Mittwoch ab 19 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
 SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • Gustav Regler Platz
 SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
 SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
 WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21
 WÜRZBURG: Donnerstag 15.30 • Bürgerdialog • Domplatz

IMMER MONTAGS!

AHRENSBÖK, 18 Uhr, am Rathaus - APOLDA, 18.30 Uhr, am Marktplatz - ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz - BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz - BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskallee Apotheke - BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 - BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Gethsemanekirche - BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus - CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus - DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz - DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck - DÜNWALD, 19 Uhr, vor der Gemeindeverwaltung - EMLICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus - KALTENORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz Nähe Kirche - KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz - LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus - LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus - MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche - NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz - ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz - OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle - SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus - WEISSENFELS, 18 Uhr, Judenstr./Ecke Markt.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!

GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 10.12.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 10.12.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 10.12.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 10.12.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 10.12.2022-2.2.2023, 24h	Berlin, im Domgarten/Museumsinsel/Friedrichsbrücke	Friedenscamp
Sa, 10.12.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 10.12.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 10.12.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
Sa, 10.12.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausmarkt	Spaziergang
Sa, 11.12.2022 14-19 Uhr	Essen, Kopstadtplatz	Demoaufzug
Sa, 11.12.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
Sa, 11.12.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 12.12.2022 19:20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnenentempel	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 19:20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 19:21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Gethsemanekirche	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 12.12.2022 19:21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 12.12.2022 17:20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graff	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20:30 Uhr	Dreieich, Bürgerpark	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 12.12.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20:30 Uhr	Erzhausen, Hessenplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Am Römer	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 12.12.2022 19:21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 12.12.2022 19:21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Hamel, am Hochzeithaus	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 19:21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Leer, Ostfriedland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 19:21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 12.2022 18:20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 19:21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 12.12.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 12.12.2022 19:21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthofen	Schildermahnwache
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Rotweil, Markt	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 19:21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:45-20:15 Uhr	Sölingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 12.12.2022 18:19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Tettmang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.12.2022 18:21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 12.12.2022 18:20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 12.12.2022 19:21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 13.12.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 13.12.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 13.12.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 13.12.2022 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 13.12.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinstraße 6-8	Spaziergang
Di, 13.12.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 14.12.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 14.12.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwannenteichanlage	Demo
Mi, 14.12.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 14.12.2022 19-21 Uhr	Mehrhoop/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 14.12.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 14.12.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 14.12.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 14.12.2022 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 14.12.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 15.12.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 15.12.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 15.12.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großbauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 15.12.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 15.12.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 15.12.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 15.12.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 16.12.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 17.12.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 17.12.22 13-20 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO
Sa, 17.12.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 17.12.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 17.12.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 17.12.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 17.12.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 17.12.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 17.12.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
Sa, 17.12.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 17.12.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 31.12.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.
Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> + NEWSLETTER ABONNIEREN



WAR ES TATSÄCHLICH EINE PR-AKTION?

KOLUMNE FREUND
UND HELFER | Von Polizisten
für Aufklärung

Wenn sich das weiter bewahrheiten sollte, was die Bundestagsabgeordnete der Linken, Martina Renner, im Interview beim Fernsehsender ntv am Mittwoch, den 7. Dezember, zum Besten gab (www.n-tv.de/politik/Die-Razzia-wirkt-wie-eine-PR-Aktion-article23769156.html), dann muss man den Einsatz am frühen Morgen dieses Tages gegen die mutmaßliche Terrorgruppe aus dem Reichsbürgermilieu wohl zugleich als gigantischen, zutiefst verachtenswerten Missbrauchsfall aller unmittelbaren Zugriffskräfte deuten.

Durch die breite Streuung von konkreten Infos über die Aktion geraume Zeit vorher sahen sich die an vorderster Front agierenden Beamten einer offenbar billigend in Kauf genommenen, gesteigerten Gefahr ausgesetzt. Mehreren Medienberichten zufolge wusste Extremismus-Expertin Renner selbst etwa eine Woche und mehrere Medienvertreter schon zwei Wochen vor dem Einsatz Bescheid.

TÖDLICHE INFORMATIONEN

Und das mit dem Missbrauch ist nicht einfach so dahergesagt. Aus guten Gründen spricht der Verfasser dieser Zeilen aus Erfahrung: Nur allzu gut liegt ihm der Fall aus dem Jahr 2016 in Erinnerung, kannte er den betroffenen Kollegen doch persönlich. Bei dem damaligen Fall in Georgensgmünd (Bayern/Landkreis Roth) erschoss ein sogenannter »Reichsbürger« den SEK-Beamten durch die Wohnungstüre direkt beim Zugriff. Der Täter sagte damals aus, ebenfalls mit einer Razzia bei ihm gerechnet zu haben. Auch er schien vorab informiert.

Von einem intakten Sicherheitsapparat kann also nicht die Rede sein, wie unsere Bundesinnenministerin in weiterer Folge darzustellen versuchte. Der Erfolg, dass alle per Haftbefehl Gesuchten festgenommen wurden, spreche dafür, »dass vorher nichts rausgedrungen ist«. Aber in dieser Angelegenheit besteht dringender Aufklärungsbedarf. Wichtige Fragen sind zu beantworten. Denn schließlich setzen die Kollegen bei solchen und vielen weiteren Einsätzen ihr Leben aufs Spiel – sie riskieren wirklich alles. Nur weil nichts »passiert« ist, heißt das noch lange nicht, dass es richtig war, vorab sensible Information so weit zu streuen. Wir dürfen gespannt darauf sein, wie sich insbesondere die Berufsvertretungen in den nächsten Tagen verhalten.

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: echte-polizisten.de

WAS TUN MIT DEN ASOZIALEN? | Fortsetzung vom Titel | Von Anselm Lenz

Ein wesentliches Phänomen bourgeois Gesellschaften sind der Neid und das Karrieresystem, also jener stumpfer verkürzter Materialismus, auf den sich die Herrschaftskaste einzig und allein stützt. Gnade uns Gott, wenn das in der Demokratiebewegung Schule macht.

**HALTLOSE
PFRÜNDEWIRTSCHAFT**

Wer etwa ab dem Jahr 1980 geboren wurde, hat nichts als asoziale Zeiten erlebt und ältere Generationen, die diese Gesellschaft nach und nach zerstörten, sich dann aber wunderten, dass sie in sozialen Netzwerken keine netten Kommentare bekommen. Die politmediale Kaste dreht auch deshalb durch, weil sie erstmals bemerkt, wie sozial haltlos ihre Pfründewirtschaft ist, die sich auf Gewalt gründet und längst nicht mehr auf Akzeptanz.

Seit den 1980er Jahren ging es erst langsam, dann immer schneller abwärts. Die Corona-Lüge markiert den finalen Crash-Punkt, das absolute Ende der Nachkriegskonjunktur, das Erreichen des fast völligen Nullpunktes gesellschaftlicher Prosperität in der europäischen Welt. Mit der asozialsten Lüge der Menschheitsgeschichte der Corona begannen der Massenmord des Injektionsgenozids und schließlich die Konfrontation in der Ukraine.

Dieser völlige Einbruch gesellschaftlicher Grundverabredungen erzeugte aber auch eine neue Sozialität. Die sozialen Ligaturen der Demokratiebewegung entstanden im Moment der totalen Krise schnell und gründeten auf urbürgerlichen Werten der drei Schriftreligionen sowie auf universellen Werten, die etwa im Menschenrecht ihren kodifizierten Ausdruck fanden und finden. So werden etwa die Liebe und der

Zusammenhalt hochgehalten, das Vertrauen, echte Solidarität und der Zusammenhalt gegen eine Struktur, die sich diese Begriffe lediglich angeeignet haben. Dieser Wertekanon ist notwendigerweise national («Deutschland steht auf», »Freie Sachsen« und so weiter), weil er nicht auf Klassenzugehörigkeit basiert, nicht basieren kann. Daran ist nicht die Demokratiebewegung schuld, sondern die gemachten Verhältnisse. Auf Hartz-IV Abgesparte demonstrieren von Beginn an mit Mittelständlern und beamteten Lehrern, Familien demonstrieren mit Alleinstehenden, Popmusikhörer mit Konzerthausbesuchern, Professorinnen mit Ausbildungsabbrechern, Ärzte mit Journalisten, Anwälte mit vermeintlichen Problemjugendlichen, Alte mit Jungen.

Die neue Demokratiebewegung hat vom ersten Tag an ein rationales und durchführbares Programmangebot. Bereits vor der ersten Demonstration gegen den Corona-Putschversuch am 28. März 2020 stand auf der Seite *NichtOhneUns.de* der Fünf-Punkte-Plan veröffentlicht. Später ergänzt durch den Nürnberger Kodex liest er sich heute wie folgt.

1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland.
2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn.
3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs und imperatives Mandat.
4. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten.
5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.

Münchener in einer Zelle, in der die Insassen übereinandergestapelt wie Hühner leben. Den Befehl dafür gaben nicht etwa lokale Beamte, sondern die deutschen Behörden.

**BRD-CHARGEN GABEN
BEFEHL NACH MANILA**

Bekannt geworden war Oliver Janich als Aufdecker von Regierungslügen bereits vor der Zeit der Corona-Maßnahmen. Früher arbeitete er im *Mainstream*, schrieb jahrelang für das Wirtschaftsmagazin *Focus Money*. Als er darin im Jahr 2010 fünf Seiten über die Lügen des 11. September



Der Journalist Oliver Janich Foto: privat

KORREKTUR | In #DW114 bezeichneten wir auf der Seite 7 Winnipeg als die Hauptstadt Kanadas. Unser Fehler geht auf eine gekürzte Aufzählung zurück. Hauptstadt Kanadas ist Ottawa. In Winnipeg in der Provinz Manitoba fanden ebenfalls Demonstrationen statt. Wir stellen das hiermit richtig und bitten um Nachsicht. (red/ale)

**GROSSE DEMONSTRATION
AM 17. DEZEMBER IN BERLIN**

Am 17. Dezember 2022 wird bei der großen Demonstration mit diesem Titel in Berlin wieder eine eigene NichtOhneUns-Delegation teilnehmen, die von der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand (DW)* und der Demokratischen Gewerkschaft (DG) begleitet werden wird. Es beginnt um 13 Uhr am Brandenburger Tor mit dem großen Hamburger Arzt, Aufklärer und Preisträger der Republik, Dr. Walter Weber von den Ärzten für Aufklärung. Der Aufzug zieht zum Ku'damm, die Abschlusskundgebung findet um 18 Uhr am Brandenburger Tor statt.

Zum Schluss feiern wir mit Querdenken Dresden unser kleines Weihnachtsfest mit individuell mitgebrachtem Glühwein beim Brandenburger Tor. Im Zuge dessen wird die Wochenzeitung *Demokratischer*

Widerstand ihren neuen Jahreskalender 2023 vorstellen und damit die neue Demokratiebewegung und unter anderem den sehr geschätzten DW-Fotografen Georgi Belickin feiern. Ein Kalender für 2023? Was bedeutet das? Das bedeutet: Auch 2023 wird die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* nicht verschwinden.

Und wir haben ein Bekenntnis, eine Art Ballweg-Schwur: Das Redaktionsstatut der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* ist der Fünf-Punkte-Plan. Und zwar bis zum umfassenden Sieg, bis alle fünf Punkte durchgesetzt sind, ob dies nun am 17. Dezember 2022 oder erst in zehn Jahren erreicht sein wird. Die Siegesfeier über den Corona-Putsch können wir aller Voraussicht nach spätestens zum dreijährigen Bestehen der neuen Demokratiebewegung und der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* feiern. Sie ist gemeinsam mit der Freedom Parade angesetzt auf den 25. März 2022.



Diskussion der Befreiung: Am 3. Dezember diskutierten in der Berliner Musikbrauerei die Publizisten Kayvan Soufi-Siavash, Dr. med. Paul Brandenburg und Hannes Hofbauer die Gegenwart von Alltag und Opposition unter dem Terrorregime. »Free Assange!« Auf der Konzertbühne stellten die Poprockmusiker Jens Fischer Rodrian und Band ihren Song für den Journalisten Julian Assange vor. (ale; Foto jro)

JANICH: GEFANGEN IN MANILA

Wegen Telegram-Posts schmort der Journalist Oliver Janich seit Monaten in einer philippinischen Massenzelle. Die deutschen Behörden bemühen sich nicht, ihn herauszuholen. Im Gegenteil.

Als »das Tropische Paradies fernab des Tourismus« wird die Pazifikinsel Tablas auf einem Reiseportal angepriesen. Bilder zeigen weiße Strände, azurblaue Lagunen und sattgrüne Palmwälder. Für den deutschen Journalisten Oliver Janich, der dort mit seiner schwangeren Freundin lebte, war es der wahr gewordene Traum vom Auswandern – bis zu seiner brutalen Verhaftung am 17. August.

Vermummte Polizisten mit Sturmgewehren platzten in seine Wohnung, drückten die schreiende Frau zur Seite und warfen ihn auf den Bauch. Gefesselt mit Handschellen wurde er aufs Boot nach Manila verfrachtet. Dort angekommen landete der

2001 veröffentlichte, kam das zwar bei den Lesern gut an, passte den Herausgebern jedoch überhaupt nicht. Er fiel in Ungnade und musste gehen.

Inzwischen gehören seine Kanäle zu den reichweitenstärksten im oppositionellen Lager. Seine Selbstvideos mit Wackelkamera und Hut, in denen er die neuesten Theorien bespricht und auswertet, haben Kult-Status. Auf die Philippinen wanderte er eigentlich aus, um von der deutschen Politik endlich in Ruhe gelassen zu werden.

Doch der Tiefe Staat hat sich global vernetzt. Aus Janichs Umfeld hört man, dass kurz vor der Verhaftung die Äußerung eines Verfassungsschutzagenten fiel, wonach man

jetzt die Daumenschrauben anziehen werde. Als die Philippiner zuschlugen, exekutierten sie einen Strafbefehl der Münchner Staatsanwaltschaft. In der Erklärung heißt es: »Es besteht der Tatverdacht, dass der Beschuldigte (...) – jeweils öffentlich über Telegram – eine andere Person beleidigte (...) und die Tötung damaliger Regierungsmitglieder von Bund und Ländern (...) forderte.«

**BRD-STAAT TÖTET
VIELFALT AB**

Janich weist diese Anschuldigungen zurück, die meisten der Äußerungen seien Satire gewesen. Bemüht sich ein Staat normalerweise darum, seine Bürger aus ausländischer Haft zu befreien, machte die BRD im Fall des Dissidenten keinen Finger krumm. Erst hieß es, er werde nach Deutschland ausgeliefert. Doch das geschah nie, war offenbar gar nicht erwünscht. Um dem Horror der Massenzelle zu entkommen, stimmte der Gefangene schließlich einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung, zu.

Eigentlich müsste er also wieder auf freiem Fuß sein, doch zum DW-Redaktionsschluss sitzt er noch immer. In seiner Zelle schlafen Männer, die ebenfalls schon vor Wochen hätten entlassen werden müssen. Und selbst wenn er herauskommt: Seinen Telegram-Kanal wird er wegen der Bewährungsstrafe wohl nicht mehr bespielen können. Der deutsche Staat hat eine weitere laute Stimme mundtot gemacht.

BESTANDS- AUFNAHME



Die Medienschaffenden Kayvan Soufi-Siavash (r.) und Anselm Lenz (l.) treffen sich wöchentlich zur Bestandsaufnahme. Verlinkt wird das Privatformat im Presseportal Apolut.net, Ausschnitte werden hier abgedruckt. Bestandsaufnahme #1

K.S.S.: HALLO?

A.L.: HALLO!

K.S.S.: Jetzt gehts los! Herzlich willkommen zur ersten Ausgabe von Bestandsaufnahme, ein Format, das wir aus der Taufe gehoben haben. Es geht genau dreißig Minuten, es wird einmal die Woche stattfinden und wir werden uns über Themen austauschen, die uns auf den Nägeln brennen. Herr Lenz, ich grüße Dich!

A.L.: Hallo, Herr Soufi-Siavash, ich grüße Dich auch!

K.S.S.: Wir beide sind Medienschaffende, haben Portale und Medien gegründet und sie entwickelt, aber wir sprechen hier als Einzelpersonen, haben eine größere Freiheit. Dieses Format soll etwas Spielerisches haben. Weil wir beide Quasselstrippen sind, haben wir uns überlegt: Nach zehn Minuten klingelt die Eieruhr.

A.L.: Unsere Themen!

K.S.S.: Presse in Zeiten von Corona, Bildung – und wir möchten über die Nato sprechen, die ja immer sagt, dass sie nicht nur Kriege führt, sondern auch für die gerechte Sache siegt. Und da stellt sich die Frage: Siegt denn die Nato? Erste Frage an dich: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand würde es ja ohne Corona so nicht geben.

A.L.: Sie ist ja dadurch entstanden, dass ich vormalig bei der Tageszeitung Taz war, wo man mich schasste, weil ich ein Angebot für eine Hintergrundsseite 3 anbot – mit den Verlautbarungen der Regierungsoberbehörde RKI einerseits in Gegenüberstellung mit den damals schon in großer Zahl vorliegenden echten Expertisen. Und nur das Angebot gereichte dazu, mich da rauszuwerfen von dem einen auf den anderen Tag. Ich habe dann aus der Not eine Tugend gemacht, zuerst die Demokratiebewegung gegründet mit meinem ehrenwerten Mistreiter Hendrik Sodenkamp und dann das gemacht, was ich gut kann, denke ich, und womit ich mich beschäftige, seitdem ich 13 oder 14 Jahre alt war: Schwarz auf Weiß, das gedruckte Werk, die gedruckte Zeitung.

K.S.S.: Ich habe ja ein Radiovolontariat gemacht und im Zuge dessen auch bei einer Zeitung gearbeitet. Damals beim Schwäbischen Tagblatt. Ich weiß noch: Mein erster Bericht im Schwäbischen Tagblatt! Das hat schon etwas. Ein Interview haptisch zu bekommen, es zu fühlen, auf Papier. Papier ist, übrigens genau wie Bargeld, ein Stück Unabhängigkeit, weil man es nicht mehr wegbekommen kann oder durch einen Algorithmus aus der Welt schaffen kann. Ich finde, unter Corona konnte man sehen, dass die Presse eine ihrer Kernaufgaben gar nicht erfüllt. Sie sollte Inhalte so darstellen, dass der Otto-Normal-Bürger sie versteht. Und sie sollte immer kritische Fragen stellen. Die Corona-Presse hat sich aber so verändert, dass sie selber auf alle eingedroschen hat, die kritische Fragen stellten, und vor allem Journalisten gejagt hat, die die kritischen Fragen gestellt hatten. Von daher finde ich, dass die Presse ihre Berufsstand verraten hat. Niemand hat abtrünnige Journalisten mehr gejagt, als die etablierte Presse und die Konzermedien ...

(weiter zu den Themen Bildung und Nato auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub)

»Freiheit für Michael Ballweg!«

DW-INTERVIEW mit Stephanie Tsomakaeva zur **Großdemonstration in Berlin**.



Stephanie Tsomakaevas schöner Nachname stammt aus Tschetschenien. Die Gründerin der Stiftung Friedensarbeit setzt sich für den demokratischen Aufbruch in Deutschland ein. Foto: privat

Diesmal hören wir unsere Interviewpartnerin in der Ferne am Telefon. Es scheint ein Hall in der Leitung zu sein, aber wir machen uns an die Arbeit. Stephanie Tsomakaeva steckt in den Demo-Vorbereitungen. Die Atmosphäre ist herzlich und von jahrelanger Bekanntschaft und gegenseitigem Interesse getragen – trotz der technischen Widrigkeiten und der Spannung vor dem Ereignis.

DW: Wie wird die »Freiheit für Michael Ballweg« am 17. Dezember auf die Straßen unser aller Hauptstadt Berlin getragen werden?

Stephanie Tsomakaeva: Ich bin sicher, dass sie in großen Buchstaben durch die ganze Stadt getragen werden wird. Der Bürgerrechtler und politische Gefangene Ballweg muss sofort freigelassen werden, auch dieses Ziel trägt unsere Demonstration selbstverständlich mit. Ich weiß auch, dass es eine weitere parallele Kundgebung geben wird, die nur das Thema »Free Ballweg und Free Assange« haben wird. Mit denen kooperieren wir, aber das ist nur ein Teil des Tages, parallel zu unserem Aufzug. Die Kundgebung beginnt um 13 Uhr am Brandenburger Tor.

DW: Ich habe irgendwo 12 Uhr gelesen. Ist das die Uhrzeit für die Berliner, die dazu neigen, später zu kommen?

S.T. (lacht): Guter Punkt. Also wir sind da. Aber der Beginn ist um 13 Uhr. Nein also, es müsste wirklich um 13 Uhr draufgestanden haben, das ist die richtige Uhrzeit.

DW: Es heißt, es soll eine Großdemonstration werden, mit wie vielen Teilnehmern rechnen Sie?

S.T.: Das ist das letzte normale Wochenende im Dezember. Es hat seit der Woche der Demokratie im Sommer keine so große Demonstration mehr in Berlin gegeben. Wir hoffen, dass es viele Tausende Teilnehmer werden und das ist auch realistisch.

DW: Wer sind die Organisatoren?

S.T.: Die Stiftung Friedensarbeit. Das ist ein kleines Team um Oliver Lange und mich. Wir sind Initiatoren der Initiative »Deutschland steht auf – Neustart Demokratie«. Wir stehen für Forderungen, die in der Stadt Melle beschlossen wurden: 1. Politikerhaftung, 2. Erhalt des Bargeldes, 3. Veto-Recht.

DW: Wie stehen Sie zum 5-Punkte-

Plan, quasi der Gründungsurkunde der neuen Demokratiebewegung?

S.T.: Den kenne ich nicht auswendig, ich schaue eben mal nach (liest am Bildschirm). Also der kleinste gemeinsame Nenner, den wir jedenfalls in Melle beschlossen haben, kommt dem ja sehr nahe und ist im 5-Punkte-Plan enthalten. Das ist ja vor allem, dass diese völlig verantwortungslose Politik beendet wird.

Dass wir übergriffige Politik ablehnen, vor allem die kommende Vollkontrolle durch die Digitalisierung verhindern. Und das Vetorecht ist das Abwehrrecht, die jede Minderheit haben muss, um sich gegen Entscheidungen der Mehrheit noch schützen zu können. Grundrechte!

DW: Also drei der fünf?

Die Idee ist bei allen drei Punkten ja, dass man zum Volksentscheid kommt. Zum Beispiel, dass Politiker nur aus der Haftung kommen, wenn sie das Parlament fragen, bei Entscheidungen des Parlaments die Parteien haften und die nur rauskommen, wenn das Volk sie entlastet – nicht durch Wiederwahl, sondern durch Volksabstimmung. Das Vetorecht räumt ein, dass über eine Petition das Volk noch eingreifen kann und im Grunde auch zu Volksentscheiden in allen grundlegenden Angelegenheiten gelangen kann, wie es auch im 5-Punkte-Plan heißt.

DW: Wer darf zur Großdemonstration am 17. Dezember kommen?

S.T. Eingeladen sind alle Menschen, die Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung wollen. Das Gesetz sagt, dass jeder kommen kann.

DW: Wie und wo endet der Aufzug?

S.T.: Wir gehen einmal über den Ku'damm, um die Gedächtniskirche herum, zur Siegessäule und die Abschlusskundgebung findet um 18 Uhr wieder vor dem Brandenburger Tor statt.

DW: Und wir stoßen mit der DW-Redaktion nach Abschluss der Demo noch mit Glühwein bei unserer kleinen Open-Air-Weihnachtsfeier an. Frau Tsomakaeva, wir danken ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Briefe an die Redaktion

EIN AUFRUF AN
ALLE DEMOKRATEN!

Bitte unterstützt die Europäische Bürgerinitiative EBI »Stop (((5G))) – Verbunden aber geschützt« unter dem Link www.signstop5G.eu/de

Die EBI ist ein wichtiges Instrument der partizipativen Demokratie in der Europäischen Union. Mit der EBI »Stop (((5G))) – Verbunden aber geschützt« haben die nationalen 5G-Proteste und die Forderungen von Tausenden EU-Bürgern eine Stimme. Wenn bis zum 28. Februar 2023 mindestens

1 Million gültige Unterschriften vorliegen, wird die EBI im Bezug auf das Aufforderungsrecht auf dieselbe Stufe gestellt wie das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union.

So können wir vieles positiv verändern!

Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem DW-Team meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Eure Zeitung macht mir Mut, gibt mir Zuversicht in die Zukunft und die Kraft, mich weiter zu engagieren.

– Herzliche Grüße

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

AUF DEM SCHIRM

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

[instagram.com/demokratischerwiderstand](https://www.instagram.com/demokratischerwiderstand)

[facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung](https://www.facebook.com/DemokratischerWiderstandZeitung)

[youtube.com: Demokratischer Widerstand](https://www.youtube.com/DemokratischerWiderstand)

CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Es ist millionenfacher Massenmord: Der Journalist Flo Osrainik hat die Chronik des Coronaregimes geschrieben. Darin erinnert er: Das Töten geht weit über das Spritzenregime hinaus. Ein AUSZUG aus seinem neuen Buch CHRONIK EINER ABRECHNUNG, ein Aufruf, veröffentlicht am 5. März 2021.

Platon definierte die Oligarchie als gesetzlose Herrschaft der Reichen, die nur aus Eigennutz handeln. Nach Jahrzehnten global zunehmender Oligarchie sowie jeder Menge Doppelmoral sind wir in einer äußerst kritischen Situation. Tausende Menschen verhungern jeden Tag, und vermutlich erkranken am Hunger noch viel mehr.

»Man kann nicht allen helfen, sagt der Engherzige – und hilft keinem.«
–Marie Ebner-Eschenbach

Durch die restriktiven Coronamaßnahmen der Regierungen, die zu einer Verschmelzung von Staats- und Konzernmacht führen, breitet sich der tödliche Hungervirus nun extrem schnell auf dem gesamten Planeten aus und stürzt Millionen Menschen in die Armut. Die autoritären Restriktionen verstoßen gegen die Grund- und Menschenrechte: Sie verstärken das Systemleiden und löschen zahlreiche Menschenleben sowie wirtschaftliche Existenzen aus.

Angesichts solcher Verwüstungen dieses schädliche Handeln noch mit ZeroCovid-Parolen auf die Spitze zu treiben, ist in höchstem Maße verantwortungslos und würde den *Lockdown* bis in alle Ewigkeit verlängern. Mit einer Unterschriftenkampagne (hirnverbrannter Parolen) und einem Beileger in der *taz* fordert die Initiative ZeroCovid seit Januar 2021 den europäischen *Shutdown* beziehungsweise den totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch und die absolute Unterdrückung der Menschenrechte. Das Motto sollte stattdessen vielmehr lauten: ZeroHunger, ZeroHeuchelei!

Das System ist gescheitert! Es hat das Leben von Milliarden Menschen schon lange dauerhaft eingeschränkt und sorgt jedes Jahr, jeden Monat, jede Woche, jeden Tag und jede Stunde für Massen an Hungertoten. Deswegen brauchen wir einen echten Systemwechsel und kein durch Coronarestriktionen verschärftes Weiterlaufen in die völlig falsche Richtung. Das Ziel darf auch nicht in nur aus wenigen Hungertoten bestehen – es muss NULL lauten.

Wir brauchen sofort eine gemeinsame globale Strategie, um die fortgesetzte Menschenrechtsverachtung wirksam zu bekämpfen. Mit der Zahlung von Entwicklungs- (wie viel kommt davon wo an?) und Hilfsgeldern – in den Rachen der mächtigen Pharmakonzerne – in einem Gebilde aus Korruption, Wachstumsgier, Repression, Propaganda und Angriffskriegen ist der Wettlauf gegen den von der Coronapolitik angefeuerten Hungervirus jedenfalls nicht zu gewinnen. Neben einer konsequenten Friedenspolitik und einem globalen *Lockdown* für die Produktionsfirmen von Patronen und Kanonen fordere ich deshalb, die weltweite Armut sofort so entschlossen und zielführend zu bekämpfen, dass jeder Hungertote unverzüglich vermieden wird.

Denn: Dieses Ziel dient ausschließlich dem Wohl und der Gesundheit der Menschen. Ein

Unterlassen konsequenter Bemühungen, um den Hungervirus zu besiegen, würde die Maßnahmen der internationalen Politik im Kontext der Coronakrise nur als plumpe Heuchelei und Massenmord, zumindest aber als fahrlässige Tötung der Leidenden in industriellem Ausmaß entlarven. Das konzertierte Handeln der Regierungen hat in den letzten zwölf Monaten gezeigt, dass es sehr wohl möglich wäre, der Verbreitung und überhaupt der Existenz des Hungervirus ein Ende zu bereiten und den systembedingten Hungertod in das Gruselkabinett menschlicher Irr- und Abwege zu verbannen.

Wenn dieses erste Ziel lebensrettender Maßnahmen erreicht ist, können in einem zweiten Schritt weitere Regelungen für einen nachhaltigen Systemwechsel beschlossen und umgesetzt werden. Drittens brauchen wir eine gemeinsame langfristige Vision und auf deren Basis regionale, nationale, kontinentale und globale Aktionspläne.

Die Grundversorgung der vielen Millionen Notleidenden muss stabilisiert und durch eine Kontrollstrategie gesichert werden. Insbesondere haben vom Hungervirus bedrohte Kinder bevorzugt Hilfe zu erhalten.

ein umfassendes Rettungspaket gemäß den schnellen internationalen Geberkonferenzen für die Pharmaindustrie in der Coronakrise oder für die Banken in der letzten Finanzkrise jetzt unverzüglich für das Heer der Armen zu erstellen. Menschen, die von den negativen Auswirkungen des herrschenden Systems besonders hart betroffen sind, haben sofortige Unterstützung zu bekommen. Dies betrifft Menschen in katastrophalen Wohnverhältnissen, mit niedrigen Einkommen, ohne ausreichende medizinische Versorgung, in Kriegs- und Krisengebieten oder Obdachlose. Sammelunterkünfte müssen aufgelöst, geflüchtete Menschen versorgt, aufgenommen und menschenwürdig untergebracht werden. Angriffskriege zur Eroberung von Märkten und Ressourcen oder die Zerstörung lokaler Märkte sind durch entschlossenes internationales Handeln zu beenden und die Verantwortlichen vor unabhängigen Gerichten zur Rechenschaft zu ziehen. Unterlassene Hilfeleistung durch die Verantwortlichen ist ab sofort härter zu bestrafen als jeglicher Verstoß gegen Coronarestriktionen. Jede politische oder diplomatische Immunität ist unverzüglich aufzuheben sowie durch eine globale Immunität gegen den Hungervirus zu ersetzen.

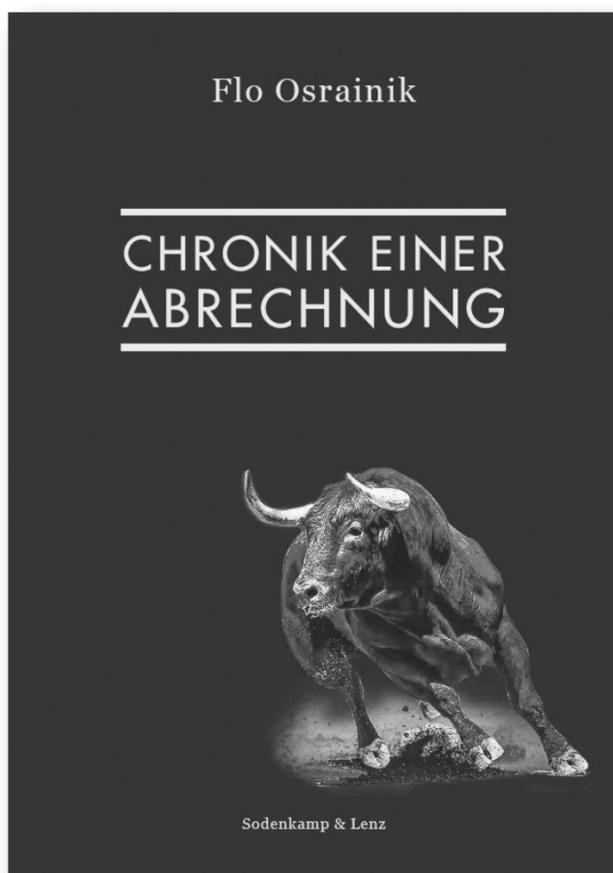
3. AUSBAU DER SOZIALEN GESUNDHEITSINFRASTRUKTUR:

Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich muss weltweit nachhaltig ausgebaut werden. Die Privatisierung und Schließung von Krankenhäusern ist zurückzunehmen. Allen Menschen ist eine kostenlose medizinische Grundversorgung zu ermöglichen. Das Budget ist in diesem Bereich von der internationalen Gemeinschaft deutlich zu erhöhen. Medizinische Einrichtungen sind bei Bedarf sofort in Planung zu nehmen, Personal ist aufzustocken, und die Löhne müssen entschieden angehoben werden.

Das systembedingte Profitstreben und die damit verbundene Ausbeutung im Gesundheitsbereich schadet der kollektiven Gesundheit, wie auch die Coronakrise zeigt. Das Betreiben von Krankenhäusern hat der allgemeinen Nutzen- und nicht der individuellen Gewinnmaximierung zu dienen und soll deshalb solidarisch erfolgen. An Kranken und an Notleidenden hat keine Bereicherung stattzufinden.

4. GRUNDNÄHRUNGSMITTEL SIND GLOBALE GEMEINGÜTER:

Hunger und Armut lassen sich global nur gemeinsam besiegen. Öffentliche und private Unternehmen, Organisationen und Initiativen müssen deshalb umgehend die erforderlichen Schritte für einen nachhaltigen Systemwechsel mittragen und umsetzen. Wasser, Luft und Nahrung sowie ein Mindestmaß an medizinischer Versorgung, Mitbestimmung, Freiheit und Frieden stehen allen Menschen



Das neueste Buch des Journalisten Flo Osrainik, erschienen im Verlag Sodenkamp & Lenz

Utopisch gibt es nicht mehr, Virus heißt das Zauberwort – und gemeinsamschaffen wir das! Ich orientiere mich also schlicht an der neuen Coronarealität, der Vernunft und der internationalen Humanität. Die Ausrottung des für Menschen jeden Alters tödlichen Hungervirus kann allerdings nur gelingen, wenn alle Maßnahmen gemeinschaftlich gestaltet und umgesetzt werden. Darum fordere ich:

1. GEMEINSAM RUNTER AUF NULL:

Das erste Ziel ist, die Zahl der Hungertoten auf null zu reduzieren. Um den Hungervirus zu besiegen, muss weltweit schnell und gleichzeitig gehandelt werden. Etwa mit bedingungslosen und unbürokratischen Transferzahlungen, einer frei zugänglichen medizinischen Notversorgung sowie einer verpflichtenden Abgabe von überschüssigen Grund- und Nahrungsmitteln für Bedürftige durch öffentlich-private Partnerschaften über alle Landesgrenzen hinweg.

Wir müssen die gesellschaftlich schädlichen Bereiche der Wirtschaft, die Waffenproduktion, die ihnen zuzuschreibende Umweltverschmutzung, die Wachstumsgier oder die Spekulation mit Grund- und Nahrungsmitteln abschaffen und das gesunde Leben fördern. Ausbeutung, Apartheid, Ausgrenzung, Diffamierung und Überwachung von Menschen sind unverzüglich zu beenden. Alle Menschen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft, die diesen Namen auch verdient. Mit diesem Aufruf werden sämtliche Kräfte aufgefordert, sich sofort für Maßnahmen gegen den Welthunger einzusetzen und diese umzusetzen.

2. NIEMAND DARF ZURÜCKGELASSEN WERDEN:

Menschen können nur in Würde leben, wenn ihre Grund- und Menschenrechte gewahrt werden und eine Versorgung mit dem Nötigsten möglich ist. Deshalb ist



MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE von Wolfgang Greulich

ES GIBT NICHT NUR RICHTIG UND FALSCH

Es gibt so unendlich viele Möglichkeiten, als Unternehmer seinem Unmut Ausdruck zu verleihen. Schon immer haben die Arbeitnehmer gestreikt, um ihren Wunsch nach höheren Löhnen und Gehältern Ausdruck zu verleihen. Mehr als dubios waren hierbei immer die Rollen der Gewerkschaften.

Eine fähige Politik mit aufrechten Politikern, eine komplett neue und faire Steuergesetzgebung, sinnvolle Hilfspakete und eine klare und auf Wahrheiten basierende Außenpolitik sind nur einige wenige Punkte, für die es sich als Arbeitgeber lohnen würde, endlich einmal in den Streik zu gehen. Am besten im Verbund mit vielen anderen zusammen.

Markus Krall hat dazu diese Wochen Ideen geäußert, man kann sie teilen oder nicht, handeln ist besser als nichts tun. Der Aufschrei fehlt, das Handeln fehlt, Streik und Demo sind nach wie vor Fremdwörter für unsere Unternehmer des deutschen Mittelstandes. Sie sind sich ihrer Macht einfach nicht bewusst, noch nicht.

Während unsere Wirtschaft zunehmend hinkt, die Insolvenzen weiteren Höchstwerten entgegenstreben, Preise und Inflation explodieren, erfreut sich die russische Wirtschaft weiterhin wachsender Gesundheit. Der Handel mit zum Beispiel China und auch der Türkei wächst und auch viele andere Themen gedeihen ebenfalls. Es wird zunehmend schwieriger, die Zusammenhänge zu verstehen, gibt es doch niemals nur da richtig und da falsch, nein, es gibt immer beides überall und gerade das macht es eben schwer.

Bei uns dagegen herrscht medial die Meinung, beziehungsweise sie wird von den Medien verbreitet, wie erfolgreich doch die Sanktionen seien. Fragt sich nur für was und vor allem für wen. Für das Wohlergehen des eigenen Volkes wohl sicher nicht, das haben mittlerweile auch die meisten Unternehmer verstanden. Oder sind auf dem Weg dahin, viele brauchen einfach noch. Es ist keine Frage, wo die eigentlichen Hetzer sind. Nichts gelernt aus der Geschichte, aber schon rein gar nichts.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

➔ Fortsetzung von Seite 9

bedingungslos zu. Die internationale Politik hat gezeigt, wie man sich auf globaler Ebene dafür abzustimmen und zu vernetzen sowie gemeinsam vorzugehen hat. Diese Gemeingüter und elementaren Rechte haben vor dem Profit, der Gewinnmaximierung und dem Dogma des ewigen Wachstums zu stehen. Sie sind nicht zur Diskussion zu stellen oder gegen andere Rechte auszuspielen.

5. SOLIDARISCHE FINANZIERUNG:

Die notwendigen Maßnahmen kosten Geld. Einige Gesellschaften der Welt, besonders in den Kolonial- und Industrienationen, haben über die Jahrhunderte einen enormen Reichtum erbeutet und angehäuft, den allerdings nur einige wenige Vermögende

besitzen. Mit diesem konzentrierten Reichtum wird die Politik beeinflusst und gesteuert, weshalb es sich um eine imperiale und globale Oligarchie handelt, die mit Freiheit, Solidarität und Demokratie wenig zu tun hat. Bereits mit einem Teil dieses Reichtums lassen sich alle Maßnahmen zur Ausrottung von Armut und Hunger finanzieren. Geld ist kein Hindernis, auch das hat die Politik in der Coronakrise bewiesen.

Darum verlange ich zusammengefasst nichts Geringeres als ein rasches Ende des Welthungers, einen dafür nötigen Systemwechsel und ein Ende der beispiellosen weltumspannenden und unerträglichen Heuchelei. Ich verlange die Rücknahme aller Privatisierungen und Schließungen im Gesundheitsbereich während der Coronakrise, einen totalen *Lockdown* für die Kriegs- und Propagandaindustrie sowie aller Börsen zur Spekulation mit Allgemeingütern,

eine freie Grundversorgung, eine sofortige weltweite Öffnung und die verpflichtende Wiederherstellung der Menschenrechte.

Wir müssen die politische und mediale Doppelmoral niederschlagen. Es gibt einen Gegensatz zwischen Menschenrechten wie der Verteidigung der Selbst- und Mitbestimmung und dem autoritären Staat, der das Gewaltmonopol gegen Menschen und Menschenrechte für kapitalistische Konzerne in Stellung bringt. Anders als vordergründig behauptet, geht und ging es bisher nicht um das Wohl der vielen, die Ausrottung von systembedingter Armut und Krieg, sondern um die Errichtung eines digitalen Totalitarismus und den Macht Ausbau der global herrschenden Oligarchie. Die Einheit von Freiheit, Selbstbestimmung und Solidarität – Gemeinschaft – ist der entscheidende Schlüssel zu einer menschenrechtsgerechten Strategie für ZeroHunger und ZeroHeuchelei.

2022: 345 MILLIONEN MENSCHEN GEHEN DEM HUNGERTOD ENTGEGEN

Zitat aus der Süddeutschen Zeitung, Februar 2022

»Als er im April 2017 sein Amt antrat, seien bereits 80 Millionen Menschen weltweit dem Hungertod entgegengegangen«, sagte David Beasley (Chef des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen, WFP) der Süddeutschen Zeitung bei einem Gespräch in Berlin. Vor zwei Jahren, direkt vor Ausbruch der Coronapandemie war ihm zufolge ihre Zahl bereits auf 135 Millionen Menschen gestiegen.

Inzwischen aber habe sich die Zahl nochmals mehr als verdoppelt auf mehr als 285 Millionen. Die Ursachen seien die fortwährenden wirtschaftlichen Probleme und die Unterbrechung von Lieferketten weltweit aufgrund der Corona-Pandemie. »Das ist Covid, Covid, Covid«, sagte Beasley, der in Berlin Vertreter der Bundesregierung und des Bundestags traf.

UND MEINTE DAMIT DIE MASSNAHMEN DER REGIERUNGEN. DANN DAS: NACH ANGABEN DES WFP SIND ES AM ENDE DES JAHRES 2022 SOGAR 345 MILLIONEN MENSCHEN WELTWEIT, DIE AM VERHUNGERN SIND.

Dieser Text ist ein Auszug aus dem neuen Buch des Journalisten Flo Osrainik »Chronik einer Abrechnung«. Es enthält Texte, Artikel, Aufrufe, die während des Coronaregimes entstanden und klarmachen: Die Verbrechen sind von langer Hand geplant, sie waren früh, teilweise schon seit 2020 bekannt und sie sollen weitergehen. Hier reagierte er hell-sichtig auf die wahnhaften ZeroCovid-Initiativen, die im globalen Putschregime einen menscheitsbeglückenden Kern erblicken wollten. Eine Chronik wider das Vergessen und für die Aufarbeitung und Verhinderung des umfassenden Menschheitsunrechts. 356 Seiten, 25.- Euro auf sodenkamplenz.de



Flo Osrainik ist als freier Journalist und Autor tätig. Er ist Mitglied der DW-Redaktion »Krieg und Frieden«.

Wer soll das bezahlen?

Wenn die EU wieder Geld verteilen will, aber selbst nichts hat, werden neue Schulden aufgenommen. Für unser Verfassungsgericht ist das alles gar kein Problem mehr. | KOMMENTAR von Gordon Pankalla

Als in Griechenland einst die Banken pleite waren, kam es noch zu einem Aufschrei als das Wort Schulden fiel.

Wir haften nicht für andere Staaten, dies hatte Helmut Kohl den Deutschen bei der Euroeinführung versprochen – die sogenannte *No-Bail-Out-Klausel* im EU-Vertrag. Aber Artikel 222 Absatz 2 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) besagt: Ist ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen, so leisten die anderen Mitgliedstaaten ihm auf Ersuchen seiner politischen Organe Unterstützung. Insofern ist der Art. 222 AEUV die Hintertür für die in Art. 125 AEUV normierte *No-Bail-Out-Klausel*.

CORONA ALS EINSTIEG IN DIE GEMEINSCHAFTSHAFTUNG

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sechs Billionen Euro in zehn Jahren gedruckt. Als der Virus in Italien (Bergamo) aktuell wurde, war es für die maroden Banken in Italien schon längst brandgefährlich, vor allem für das Geldinstitut Monte dei Paschi di Siena, das vor dem Aus stand. Selbst der italienische Staat konnte die Banken nicht mehr retten. Die EZB stellte daher italienische Banken schon Anfang 2019 unter Zwangsverwaltung. Es war unausweichlich geworden, über die EZB immer mehr Geld zu drucken, um den abrupten *Crash* des Bankensystems zu verhindern.

Im Frühjahr 2020 wurde dann die »Pandemie« zu einer Situation erklärt, die »gleich einer Naturkatastrophe« alle Mitgliedstaaten der EU »durch Zufall« in eine Notsituation bringt. Durch diese Notlage kommt die Solidaritätsklausel in Art. 222 sowie die auf den Euroraum bezogene Solidaritätsklausel in Art. 122 Abs. 2 der EU-Verträge ins Spiel – die Ausnahme vom Haftungsverbot des Art. 125. Die Corona-Bonds waren »erfunden«. Obwohl dieses Vorgehen in den Augen vieler Juristen rechtswidrig war, konnte dadurch Christine Lagardes Gelddruckerei mit Hinblick auf die Artikel 122 und 222 nun gerechtfertigt werden.

DER GRÜNE DEAL UND DIE ZERSTÖRUNG DER INDUSTRIE

Bereits seit 2012 wurde das Geldvolumen der Eurozone um unglaubliche 195 Prozent aufgebläht. Insgesamt druckten die Notenbank in den vergangenen zehn Jahren sechs Billionen Euro – 6.000 Milliarden! Dank dieser gewollten Inflation werden die Bürger nun enteignet. Die vorgesehenen 500 Milliarden Euro finanziert durch Corona-Bonds reichten der EU aber nicht mehr, und so wurde daraus ein 750 Milliarden Euro Finanzierungsprogramm namens *Next Generation* EU – man wollte auch noch Geld für den »Grünen Deal« haben. Dieser entspricht einem Drittel des Wiederaufbaufonds, der den EU-Staaten eigentlich helfen soll, nach der Pandemie die Wirtschaft wieder in Gang zu bekommen. Dafür macht die EU als Institution selbst Schulden. Aber darf die EU dies

überhaupt? Dagegen klagte unter anderem der AfD-Gründer Bernd Lucke vor dem Bundesverfassungsgericht, das diese Woche urteilte: Deutschlands milliardenschwere Beteiligung am *Next Generation* EU-Finanzierungsinstrument verstößt nicht gegen unsere Verfassung. Der *ARD-Tageschau*-Kommentar sieht darin – was auch sonst – einen Gewinn für alle.

Selbst das sogenannte »Königsrecht«, also die eigenen Staatsfinanzen, liegt nicht mehr in der eigenen Hand. Wir erinnern uns, als die Ex-Kanzlerin Angela Merkel ihr Volk auf eine solche Politik bereits einstimmt, als sie sagte: »Nationalstaaten müssen, heute sage ich, bereit sein, Souveränität abzugeben.« Deutschland ist laut Bundesrechnungshof mit rund 65 Milliarden Euro größter EU-Nettozahler. Die Behörde spricht von einer »Zäsur für die europäische Finanzarchitektur und Risiken für den Bundeshaushalt«. Aber alles kein Problem in der besten EU aller Zeiten.

Woran diese EU nicht mehr denkt: Geld muss erarbeitet werden, die Deutschen haben dies vor allem mit ihrer Autoindustrie geschafft, aber den Verbrenner hat »Euro-Ursel« kurzer Hand verboten – man muss die Welt angeblich retten und dabei störe die Autoindustrie. Lagarde und von der Leyen verteilen fröhlich weiter Geld und das deutsche Auto wird kaputtgemacht. Früher nannte man dies Planwirtschaft – heute »Grüner Deal«. Aber nicht nur die Autoindustrie wird zerstört – die Wirtschaft generell. Aber wer wird das Geld erarbeiten, um diese Schulden jemals zurückzahlen? Dabei ist überhaupt nicht klar, wofür die 750 Milliarden Euro konkret eingesetzt werden sollen. Dass die EU-Regeln für all das laufend geändert beziehungsweise gebrochen werden – ohne Zustimmung der Bürger –, scheint inzwischen keinen mehr zu interessieren.

NIEDERLÄNDISCHE REGIERUNG WILL BAUERNHÖFE AUFKAUFEN

Folgt als weiterer Schritt die Enteignung? | Von Felix Feistel

Die Niederlande planen, bis zu 3.000 Bauernhöfe von Landwirten aufzukaufen und zu schließen. Die niederländische Ministerin für Stickstoff und Natur Christianne van der Wal teilte mit, dass den Landwirten ein Angebot gemacht würde, das weit über dem Wert der Höfe liege – 120 Prozent über dem Marktwert. Dabei handele es sich um das letzte Kaufangebot der Regierung an die Landwirte. Betroffen seien dabei, Berichten zufolge, Höfe in der Nähe zu ökologisch sensiblen Gebieten.

Schon vor einem Jahr waren die ersten Angebote gemacht und gedroht worden, den Preis immer weiter zu senken. Schließlich kündigte die niederländische Regierung an, die Landwirte notfalls zwangsweise enteignen zu wollen. Daraufhin waren im Sommer dieses Jahres große Proteste in den Niederlanden entflammt, die sich gegen die Pläne der Regierung richteten. Dabei war es zu massiver, staatlicher Repression und auch dem Einsatz von Schusswaffen gegen einen Jugendlichen gekommen.

FÜR WOHNRAUM UND KLIMA

Die Pläne wurden mit dem Stickstoffausstoß der Landwirtschaft begründet, der schädlich für Natur und Klima sei. Schon 2019 hatte die Regierung beschlossen, dass jede neue Unternehmung, die Stickstoff emittiert, einer Genehmigung bedarf. Dies



Bereits im Januar 2021 (DW berichtete) demonstrierten deutsche Landwirte in Berlin. Es ging auch damals schon um das Überleben ihrer Betriebe. Foto: Sophia-Maria Antonulas

diene dazu, die Klimaziele der EU zu erreichen. Auch der erhöhte Bedarf an Wohnraum sei ein Grund für den Aufkauf der Flächen. Danach will der Staat die Flächen an private Investoren verkaufen.

Was passiert, wenn die Bauern das letzte Angebot nicht annehmen, ließ die Regierung offen. Der niederländische Sozialwissenschaftler Kees van der Pijl erklärte, dass dadurch die Bauern zum Widerstand gedrängt würden. Zudem gäbe es unter den Landwirten aufgrund der staatlichen Pläne bereits Selbstmorde. Er fügte hinzu, dass

die Pläne nicht von der Regierung selbst ausgingen. Diese halte er für vollkommen inkompetent. Stattdessen stehe das World Economic Forum (WEF) hinter den Plänen, die Bauern zu enteignen und das Land privaten Investoren zur Verfügung zu stellen. Die niederländische Regierung ist diejenige, die gemeinsam mit der kanadischen am engsten mit dem WEF verbunden ist.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

Preisdeckel für russisches Erdöl

Auch mit einem Maximum von 60 US-Dollar können russische Erdölfirmen noch Gewinne machen. | Von Felix Feistel

Seit Montag dem 5. Dezember gilt ein von 42 Staaten, darunter die EU, die USA, die G7, am 3. Dezember beschlossener Preisdeckel auf russisches Erdöl. Demnach begrenzen diese Länder den Kaufpreis für das Erdöl auf 60 US-Dollar pro Barrel.

Noch gilt eine Ausnahme für Öl, das per Pipeline importiert wird. Für diese Ausnahme hatte sich vor allem Ungarn ausgesprochen, das stark von russischen Erdölimporten abhängig ist. Deutschland hat angekündigt, bis zum Jahresende vollkommen von russischem Pipelineöl unabhängig sein zu wollen. Ab Februar 2023 soll die Maßnahme auch für andere Erdölzeugnisse gelten.

Im Vorhinein hatte Russland den Staaten, die für einen Ölpreisdeckel, stimmen, angedroht, die Erdölexporte vollständig einzustellen. Noch liefert Russland aber, was auch daran liegen könnte, das der Preisdeckel sehr nahe am derzeitigen Marktpreis liegt. Auch mit einem Preisdeckel von 60 US-Dollar können russische Erdölfirmen noch Gewinne zwischen 40 und 50 Dollar pro Fass machen, da sich die Förderkosten zwischen 10 und 15 Dollar bewegen.

Einige Länder, darunter Polen und die Ukraine, hatten die Ölpreisbremse daher auch als ineffektiv kritisiert, und eine Deckelung bei 30 US-Dollar gefordert.

Begründung für die Deckelung ist das Vorhaben der 42 Staaten, die russischen Einnahmen aus Erdölexporten zu senken. Damit soll diese Regelung das bereits im Juni beschlossene Ölembargo ergänzen. Um die Preisgrenze durchzusetzen wurde beschlossen, dass für den Erdöltransport wichtige Dienstleistungen nur dann straflos umgesetzt werden können, wenn der Erdölpreis die Deckelung nicht überschreitet. Das gilt sowohl für den Transport, als auch für technische Hilfeleistungen und Versicherungen. Die Pläne sollen alle zwei Monate überprüft und angeglichen werden, damit der Preis immer mindestens fünf Prozent unterhalb eines von der Internationalen Energieagentur (IEA) ermittelten Durchschnittspreis liegt.

EUROPA OHNE RUSSISCHES ÖL

»Wir werden diesen Preisdeckel nicht akzeptieren«, erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow Angaben russischer Nachrichtendiensten zufolge nach Verabschiedung

der neuen Regelung. Der Ständige Vertreter Russlands bei den internationalen Organisationen in Wien, Michail Uljanow, schrieb zudem auf Twitter: »Ab diesem Jahr wird Europa ohne russisches Öl auskommen müssen. Moskau hat bereits klargestellt, dass es kein Öl an die Länder liefern wird, die eine marktfeindliche Preisobergrenze unterstützen.« Die russische Regierung erklärte zudem, dass sie überlege, die Fördermenge für Erdöl zu senken, was den Preis weiter in die Höhe steigen lassen würde. Bei einer Verknappung des Angebotes, sei es von Hersteller- oder Konsumentenseite aus, steigt der Marktpreis grundsätzlich an. So stieg beispielsweise der Preis der Sorte Brent mit Inkrafttreten des Ölpreisdeckels am Montag um zwei Prozent auf 87,25 Dollar pro Barrel. Steigende Ölpreise bedeuten stets auch eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten.

Am Sonntag den 4. Dezember trafen sich zudem Vertreter der OPEC+, um über die Preisentwicklung an den Ölmärkten zu beraten. Dabei hielten sie an der Senkung der Fördermenge um zwei Millionen Barrel am Tag fest, die bereits Anfang Oktober beschlossen worden war. Schon damals drohten die USA Saudi Arabien Konsequenzen an, da sie diesen Schritt als feindseligen Akt werteten.

MELDUNG

SOZIALFRONT GEGEN INFLATION

Rabat/DW. Steigende Preise haben in der marokkanischen Hauptstadt Rabat am Sonntag Tausende von Demonstranten auf die Straße getrieben. Sie protestierten gegen die hohen Lebensmittel- und Kraftstoffpreise. Dabei wandelten sich die Proteste schnell gegen die Korruption und die Regierung als solche. Zu den Demonstrationen aufgerufen hatte die Marokkanische Sozialfront (FSM). (ffe)

FREE ASSANGE!

Brazilia/DW. Der zukünftige brasilianische Präsident, Luiz Inacio Lula da Silva, hat sich Ende November mit Vertretern der Enthüllungsplattform Wikileaks getroffen. Dabei ließ er den noch immer rechtswidrig in Großbritannien inhaftierten Julian Assange seine Solidarität übermitteln. Auf Twitter forderte er, dass Assange aus seiner »ungerechten Haft« befreit werde. Lula selbst saß beinahe zwei Jahre als politischer Gefangener in Haft. (ffe)

TÜRKEI GEGEN SYRIEN

Damaskus/DW. Nachdem türkische Invasionspläne für Nordsyrien bekannt geworden waren, stemmte sich der syrische Präsident Baschar al Assad gegen Moskaus Vermittlungsversuche zwischen den beiden Ländern. Dies berichteten mehrere Zeitungen unter Berufung auf namentlich nicht genannte Quellen. Schon seit Jahren gilt Ankara als erbitterter Gegner Syriens und strebt danach, den Präsidenten zu stürzen. Zuletzt griff das türkische Militär kurdische Ziele in Nordsyrien und im Irak an, nachdem die Türkei selbst Ziel eines Terroranschlages wurde, für den Ankara den militanten Kurden die Schuld gab. (ffe)

ARGENTINIEN GEGEN BRITISCHE MILITÄRMISSION

Buenos Aires/DW. Großbritannien plant gemeinsam mit dem Kosovo eine Militärmission auf den Malwinen-Inseln, die auch als Falklandinseln bekannt sind, durchzuführen. Dagegen sprach sich die argentinische Regierung aus, die seit 1833 Anspruch auf diese, formal den britischen Überseegebieten zugehörige Inselgruppe erhebt. Dabei wies Argentinien die Einstufung der Mission als »Friedensmission« zurück. Stattdessen handele es sich um eine »ungerechtfertigte Machtdemonstration« seitens Großbritanniens. (ffe)

IRAN: DREITÄGIGER STREIK

Teheran/DW. Im Iran gibt es nach den Berichten über die Auflösung der Sittenpolizei – die Berichte waren wohl Falschmeldungen – weiterhin Proteste. Nun soll ein dreitägiger Streik die Wirtschaft des Landes treffen. Zudem wurden die Bürger des Landes dazu aufgerufen, an den drei Tagen alle Einkäufe zu vermeiden, damit die Geldzirkulation vollständig zum Erliegen kommt. Seit Mitte September eine junge Frau in Gewahrsam der sogenannten Sittenpolizei ums Leben kam, wird der Iran von Protestwellen erschüttert, für die die Regierung westliche Einmischung verantwortlich macht. (ffe)

»Wir können uns nicht alle in von Michael Ballweg dräng

Der evangelische Theologe Jürgen Fliege wurde 1977 Pfarrer der Gemeinde Aldenhoven. Von 1994 bis 2005 moderierte er eine nach ihm benannte ARD-Talkshow. Im Gespräch mit DW drei Jahre Revue passieren und wagt einen Blick in die Zukunft. | Das große DW-INTERVIEW

Er gilt als moralische Instanz, schlägt Brücken, ist offen, weise – aber auch ein kritischer Querdenker. 2010 wurde der heute 75-Jährige emeritiert. Lange war es ruhig um ihn. Dann kam die Pandemie. Er trat bei Demos gegen die Corona-Maßnahmen auf, wurde Mitglied in der Partei Die Basis.

DW: Herr Fliege, Ihr befreundeter Kollege, der katholische Theologe Eugen Drewermann, sagte im DW-Interview (Jubiläumsausgabe 100 vom 6. August 2022), dass Jesus in seinen Augen ein Querdenker war. Sehen Sie das auch so?

J.F.: Eugen Drewermann hat vollkommen recht. Darum gefällt uns Jesus so sehr: Weil er damals mit den Herrschenden, also der Priesterschaft, relativ kritisch umgegangen ist. Die Folge: Am Ende haben sie ihn ermorden lassen. Auch ich war schon immer ein Querdenker, stand nie auf der Seite der Spießer und Spötter. Nach meinem Theologiestudium 1973 wurde ich, nachdem ich mich kritisch geäußert hatte, im Zuge des Radikalerlasses mit einem einjährigen Berufsverbot belegt. Als es mit den Querdenkern losging, war für mich sofort klar: Da bin ich dabei!

DW: Was machte Sie in Sachen Corona misstrauisch?

J.F.: Ich habe die Pandemie nie ernstgenommen, fühlte mich sofort an die Schweinegrippe erinnert. Ich stand der Politik grinsend gegenüber, sagte mir: »Die ticken nicht sauber, die sind verloren.« Sie wollten eine Kultur der Überwachung, mein Glaubenssystem aber heißt Vertrauen. Hinzu kam die Angst, die verbreitet wurde. Es ging nie um Gesundheit. Stattdessen sprach ein Bill Gates von einem Impfstoff für Milliarden von Menschen. Irre! Schon mein Großvater wusste: Man pflanzt nicht nur eine Kartoffelsorte, sondern legt seinen Garten vielfältig an. Bill Gates hat keine Ahnung vom Leben, Karl Lauterbach auch nicht.

DW: Es folgten grundrechts- und freiheitsberaubende Maßnahmen, die nachweislich nicht evidenzbasiert waren. Warum gehorchten die meisten Menschen dennoch?

J.F.: Weil sie getriggert wurden mit einer Todesangst, die ihren Verstand

ausschaltete. Das gilt auch für unsere Richter. Deren Angst ist der Grund für den Zusammenbruch unserer Judikative. Der gesunde Menschenverstand ist auf gutem Wetter gebettet, in schlimmen Stürmen, in denen man von Panik überwältigt wird, hat er keine Chance. Als Jesus-Mann war ich für diesen Quatsch nicht anfällig.

DW: In einer Ihrer Demo-Reden sagten Sie: »Sie wollen uns verrückt machen. Sie wollen, dass wir nicht mehr bei Trost sind.« Wie meinten Sie das?

J.F.: Die Politik wollte uns wie eine Sekte mit ihren Argumenten auf ihre Seite ziehen. Aus Furcht vor Ansteckung sollten wir uns vereinzeln. Dabei sind wir Menschen Wesen, die in wichtigen Lebenssituationen nicht allein sein, sondern getröstet werden wollen. Sie haben also tatsächlich versucht, uns aus unserer Mitte zu rücken und verrückt zu machen.

DW: Mit Beginn der Impfkampagne eskalierte die Lage: Ungeimpfte sahen sich einer öffentlichen Hetze ausgesetzt, wurden als »asoziale Trittbrettfahrer« (Kabarettist Eckart von Hirschhausen) oder »gefährliche Sozialschädlinge« (FDP-Politiker Rainer Stinner) verunglimpft. Wie beurteilen Sie das damalige Geschehen?

J.F.: So geht man nicht mit anderen Menschen um, schon gar nicht mit solchen, die ihr Herz am rechten Fleck haben. Diejenigen, die sich dementsprechend äußerten, haben sich mit der Wahl ihrer Worte selbst entlarvt. Sie verwendeten emotionale Kampfbegriffe. Das zeigt: Sie waren weder klug, vernünftig noch gelassen, stattdessen agierten sie angstbesetzt und blindwütig. Sogar Bundespräsidenten waren darunter. Schon Jesus sagte einst: »Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem Auge bemerkst du nicht?« Soll heißen: Richte nicht über andere, sondern schaue lieber auf deine eigenen schwerwiegenden Fehler. Ich finde es gut, dass die Zitate in dem Buch »Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen« gesammelt wurden. Es ist ein Dokument der Zeitgeschichte.

DW: Handelten viele Politiker nicht eher in bössartiger Absicht?

J.F.: Das würde ich niemandem unterstellen. Die Unterscheidung in Gut und



»Wo Marie-Agnes regiert, kann ich mir nicht vorstellen, geliebt zu werden.« Ex-TV-Pfarrer Jürgen Fliege geht im DW-Interview hart mit Politik und Kirche ins Gericht: »Sie hat auf ganzer Linie versagt.« Foto: Jan Roeder, München

Böse halte ich für schwierig, weil beides in jedem von uns steckt. Außerdem gehöre ich nicht zu denen, die mit dem Finger auf andere zeigen. Menschen, die Macht ausüben wollen, haben letztlich auch nur Angst. Ansonsten hätten sie es nicht nötig, sich so zu verhalten. Sie haben kein Gottvertrauen.

DW: Was macht aus Ihrer Sicht einen guten Menschen aus?

J.F.: Ein guter Mensch hat viel Geduld, ist somit liebevoll, während andere bereits den Stab über einen brechen. Es gibt zahlreiche Wissenschaftler wie etwa John Ioannidis oder Sucharit Bhakdi, die Geduld predigten. Die Ungeduldigen dagegen forderten nur eins: Impfen, impfen, impfen! Sie haben kein menschliches Maß. Zu ihnen zählt Karl Lauterbach. Er ist ungeduldig und besessen. Das kann jeder sehen. Man könnte meinen, er ist vom bösen Geist besetzt. Ich würde sagen, er ist getrieben von seiner Angst.

DW: Im Oktober 2022 sagte Schauspielerin Heidelinde Weis in der WDR-Talkshow »Kölner Treff«, die Menschen, die gegen die Impfung protestierten, seien »zu prügeln«. Für diese Aussage erntete sie Applaus vom Publikum und den anderen Gesprächspartnern. Wie bewerten Sie das?

J.F.: Hätte ich in dieser Runde gesessen, wäre ich aufgestanden und hätte gesagt: »Okay, dann fang mal direkt mit mir an.« Dass alle geklatscht haben, verwundert mich nicht. Wie viele Leute haben einst bei der Sportpalastrede von Joseph Goebbels gesagt: »Moment mal!«? Dazu empfehle ich das Buch »Masse und Macht« von Nobelpreisträger Elias Canetti. Er beschreibt darin, wie Massen entstehen und wie man es schafft, Menschen aufzuhetzen. Ich kenne Heidelinde Weis persönlich. Sie ist eine geängstigte Frau, aufgehetzt von Politik und Medien, weshalb ich ihr die Aussage nicht übelnehme.

DW: Wenn Ihnen 2019 ein Zeitreisender aus der Zukunft begegnet wäre und Ihnen davon berichtet hätte, was in Deutschland von 2020 bis heute passiert, hätten Sie ihm geglaubt?

J.F.: Ja, weil ich schon weit vor Corona die Erfahrung gemacht habe, dass Deutschland nicht tolerant ist, nicht viel Geduld mit Minderheiten hat, sondern vernarrt ist in Kontrolle, Blockwart-Mentalität und Denunziantentum. Wie viele Reden wurden schon gehalten, etwa in Auschwitz oder Sachsenhausen, in denen man sagte: »Wir stehen hier, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.« Ich frage mich: Wem haben die eigentlich gepredigt? Die können sich nicht so einfach von ihren Eltern und Großeltern lösen, sie sind doch selbst infiziert vom Faschismus.

DW: Haben wir also nichts aus der Geschichte gelernt?

J.F.: Mein erster Schwiegervater hat mal gesagt: Alle 70 Jahre muss man aufpassen, dann wächst der Faschismus nach. Er ist in jedem Menschen implantiert. Seine Wurzel in unseren Herzen wurde nie ausgerottet.

DW: Die Gotteshäuser schlossen zeitweise ihre Pforten und machten mit bei der Ausgrenzung von Menschen. Was ist los mit der Kirche?

J.F.: Sie hat auf ganzer Linie versagt. Die Kirche war in der jüngeren Vergangenheit leider nicht spirituell und mutig genug. Spiritualität ist eine Kultur des Vertrauens. Wenn Sicherheit über Vertrauen gesetzt wird, ist es die Aufgabe der Kirche, sich diesem Angriff auf unsere Kultur entgegenzustellen. Das hat sie leider nicht getan. Mir hat man nicht geglaubt. Andere, die tapfer widersprochen haben, wurden aus ihren Ämtern entfernt. Katholische und evangelische Pfarrer



die Zelle eln! «

n (Kreis Düren).
lässt er die vergangenen
VIEW von Klaus

werden leider nicht zu mutigen, sondern zu gehorsamen Menschen ausgebildet.

DW: Die Corona-Politik sorgte für eine Spaltung der Gesellschaft. Wie können wir diese überwinden?

J.F.: Indem wir, die Friedensstifter, in unserer Mitte bleiben. Gefühle wie Wut und Rache sind zwar menschlich, aber nicht förderlich, sondern pures Gift. Diese negativen Emotionen sorgen nur dafür, dass man fremdgeleitet ist.

DW: Viele Politiker wollen von einer Corona-Aufarbeitung nichts wissen. Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn fordert Vergebung und Verständnis für die »Fehler« seiner Corona-Politik. Ist das für Sie nachvollziehbar?

J.F.: Das Verzeihen kommt normalerweise aus einer Betroffenheit heraus. Herr Spahn müsste glaubhaft schildern, was genau ihm leidtut. Aber ich habe sein Herz noch nicht bluten sehen. Was die juristische Aufarbeitung betrifft: Ich glaube nicht an den Segen von Strafe. Es sind schon so viele Menschen im Namen der sogenannten Gerechtigkeit per Guillotine geköpft worden. Auch Jesus sagte: »Richtet nicht!« Ich glaube an die Macht der Geduld und des Trostes, dabei kommt mehr herum.

DW: Eugen Drewermann gehört zu den Erstunterzeichnern des »Neuen Krefelder Appells« vom November 2021. Demnach stehe hinter den weltweiten Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie das Weltwirtschaftsforum um Klaus Schwab und die Strategie des Great Reset (Großes Zurückstellen), mit dem der Kapitalismus über einen gezielten Zusammenbruch und einen Neustart auf eine noch perversere Stufe gehoben werden soll. Wie klingt das für Sie?

J.F.: Gruselig. Aber sollte dieser Great Reset tatsächlich die Agenda und Klaus Schwab der große Geist dahinter sein, was ich so nicht sehe, grinse ich schon jetzt. Das Leben ist derart komplex und mit so vielen Unwägbarkeiten verbunden, dass dieser Plan, der eine Mischung aus Ungeduld, Raffgier und Angst ist, zum Scheitern verurteilt wäre.

DW: Im Frühjahr 2021 sind Sie der Partei Die Basis beigetreten. Wie sehen Sie es: Leben wir in Deutschland (noch) in einer Demokratie oder schon in einem totalitären Herrschaftsstaat?

J.F.: Wir leben in einer Demokratie, die gekränkt ist und kämpft. Eine Blume, die gekränkt ist, lässt den Kopf hängen, weil sie neue Energie braucht. Die Kirche hat einen Leitsatz: »Ecclesia semper reformanda.« Übersetzt heißt das: »Die Kirche muss beständig reformiert werden.« Das gilt auch für eine lebendige Demokratie. Leider sind die Parteien bei uns inzwischen mächtiger



Im Einsatz für unsere Grundrechte - Michael Ballweg und Anselm Lenz vor dem Berliner Dom. Foto: privat

als je zuvor und mischen sich immer mehr in die bürgerlichen Belange ein, die sie überhaupt nichts angehen.

DW: Was schlagen Sie vor?

J.F.: Wir sollten uns die Schweiz grob als Vorbild für die direkte Demokratie nehmen, wobei es nicht ausreicht, für ein paar Abstimmungen im Jahr mal das Volk zu befragen. Wir brauchen in wichtigen Angelegenheiten mehr basisgebundene Entscheidungen. Es müssen Bürgerräte gegründet werden, die auf allen Ebenen Kompetenzen haben. Zumindest muss über all das mal diskutiert werden. Wir dürfen die Politik nicht länger den Lobbyisten überlassen.

DW: Eugen Drewermann sagte mal: »Menschen, die für den Frieden sind, stehen mir immer nahe, gleich welcher Couleur.« Ob unsere Politiker mit diesen Worten etwas anfangen könnten?

J.F.: Wohl nicht. Natürlich könnte Marie-Agnes Strack-Zimmermann endlich mal die ukrainische Staatsbürgerschaft beantragen, die Uniform anziehen und sich an die Front begeben – dann wäre der Krieg wahrscheinlich ganz schnell beendet. Aber das wird leider nicht passieren. Man muss sie sich nur anschauen: Sie wirkt auf mich angst- und machtgetrieben, ihr Auftreten aggressiv. In ihren Kindergarten würde ich nicht gehen wollen. Wo Marie-Agnes regiert, kann ich mir nicht vorstellen, geliebt zu werden.

DW: Empfinden Sie die vergangenen drei Jahre als anstrengend?

J.F.: Natürlich ist es gerade eine kräftezehrende Zeit, aber Gott hat uns keinen Rosengarten versprochen, in dem wir unser Leben verbringen. Man kann nicht saufen, ohne hinterher besoffen zu sein. Wir zahlen jetzt die Zeche für das, was wir vor vielen Jahren versoffen haben. Was ganz wichtig ist in stürmischen Zeiten wie diesen: Man muss sich Inseln der Ruhe schaffen – das kann eine Kirche sein, ein Wald, ein Gebirge, ein Strand am Meer und so weiter. Unsere Seele benötigt diese Stille und Andacht. Ebenso wichtig ist es, nicht ständig Nachrichten

zu konsumieren. Damit ernähren wir den falschen Wolf in uns, es dient nicht unserem Seelenfrieden und macht uns sicher nicht zu liebevolleren Menschen. Wir sollten uns unbedingt auch den schönen Dingen des Lebens widmen – der Liebe und dem Sex.

DW: Wie hilft Gott Ihnen persönlich in diesen schwierigen Zeiten?

J.F.: Er hilft mir sehr. Ich spüre seine Nähe. Beten in der Form, wie wir es in den Kirchen tun, ist Unsinn. Mit Gott zu leben, heißt nicht, ihn dauernd um irgendwas zu bitten, sondern seine Gegenwart wahrzunehmen. Dann findet man Trost und Zuversicht. Ich habe schon früher mal gesagt: Beten kann süchtig machen. Aber wie beim Lotto sollte man dafür einen Haftungsausschluss einführen: Alles ohne Gewähr. Klar ist: Gott wird niemals mit uns in den Krieg gegen die Bösen ziehen. Er hat der Menschheit zwar einst wegen ihrer Verfehlungen eine Sintflut geschickt, versprach aber hinterher, dass er dies nie wieder tun werde, sondern künftig Geduld mit uns haben und der Regenbogen als sichtbare Erinnerung daran dienen werde.

DW: Was erwartet uns und was stimmt Sie zuversichtlich?

J.F.: Bis zum Frieden brauchen wir einen langen Atem. Gutes wächst auch im Garten nicht von heute auf morgen. Aber ich bin guter Dinge. Denn was soll man mit uns machen? Die Gefängnisse sind demnächst schon voll mit »klebenden Menschen« von *Extinction Rebellion* (etwa: Rebellion gegen die Auslöschung) und anderen radikalen Umweltschützern. Wir können uns ja nicht alle in die Zelle von Michael Ballweg drängeln. Daher meine Ansage an die Mächtigen: Wir werden uns in Geduld üben und beharrlich bleiben. Kommt damit klar!

DW: Herr Fliege, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Klaus Müller war international als Sportredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN,
VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurierbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Wir trauen dem System nicht mehr«

Über das Leben im Exil, die WM in Katar und die Zukunft sprechen die Schauspielerin und Sprecherin Britta Berthold und DW-Sportchef Thomas Berthold mit dem DW.

DW: Vorab ein großer Dank, dass Sie Zeit für uns haben und diese Zeitung unterstützen. Wir sind sehr stolz darauf!

Britta Berthold: Wir möchten uns auch bedanken für Ihre großartige Arbeit. Wir lesen den Demokratischen Widerstand ja seit zweieinhalb Jahren. Er ist, Gott sei Dank, so anders als alles, was es sonst gibt. Und das gibt uns auch sehr viel. Das möchte ich mal gesagt haben zu Beginn.

DW: Das rührt mich sehr, vielen Dank auch im Namen des Kollegiums. Zum Thema Corona scheint sich das Blatt ja nun langsam, aber sicher, zu wenden. Sie waren in den Jahren 2020 und 2021 im Widerstand. Haben Sie im Zuge dessen die Polizeigewalt gegen die friedlichen Versammlungen miterlebt?

Thomas Berthold: In Berlin beim Verlassen der Bühne ist mir aufgefallen, dass der eine oder andere festgehalten worden ist von Einsatzgruppen der Polizei. An große Gewalttätigkeiten, bei denen ich selber dabei war, kann ich mich nicht mehr groß erinnern. Aber in Leipzig 2020, daran erinnere ich mich, da haben die Polizisten ja diese Schwarzvermummten zur friedlichen Demo hineinbegleitet – und auf einmal gab es Feuerwerk und Tumult. Ganz zufälligerweise stand auch noch das Fernsehen da und hat das dann im Zusammenhang mit unserer Demonstration aufgenommen.

B.B.: Am eigenen Leib haben wir, Gott sei Dank, keine solche Gewalt erfahren. Aber wir sind häufig festgehalten worden und haben diese ständigen Ausweiskontrollen mitmachen müssen. Am Bahnhof zu Beispiel, wo Thomas erkannt wurde. Und natürlich, weil wir keine Masken trugen, wurden wir manches Mal drangsaliert.

T.B.: Ich hatte mal einen Disput am Flughafen. Da haben sie mich ja festgehalten.

B.B.: Aber nicht mit Gewalt ...

T.B.: Das nicht, aber der Flieger war weg. Es gibt ein Urteil wegen des

Masken-nicht-Tragens und eines Attestes. Der Arzt, der das Attest ausgestellt hatte, wurde infrage gestellt. Das Urteil wurde zwar zugestellt, aber nicht vollzogen. Ich habe die Strafe nicht bezahlt. Durch unseren Wegzug ins Exil, tun sich die Behörden schwer. Wenn nicht zugestellt werden kann, haben sie auch keine Chancen zu vollziehen. Das ist für mich alles Makulatur.

B.B.: Das, was wir gesehen haben an Gewalt gegen Demonstranten in Aufnahmen, haben wir am eigenen Leib nicht erlebt. Ich denke an die Szene mit dem Fahrradfahrer, auf den ein Polizist losschlägt und so viele weitere. Von solcher Gewalt sind wir verschont geblieben. Es sind jetzt bald andere Themen dran, so empfinde ich das. Das Pandemiethema wird von der Propaganda, von den Titelblättern verschwinden. Da tut sich etwas, da gibt es jetzt einen Wechsel.

DW: Sie leben im Exil. Ziehen Sie in Betracht, nach Frankfurt am Main zurückzuziehen?

T.B.: Das Thema hat sich für uns erledigt.

DW: Ja?

T.B.: Wir trauen dem System nicht mehr.
B.B.: Ja.

DW: Zuletzt waren Sie bei der Fußballweltmeisterschaft in Katar. Wie war es dort?

T.B.: Mein Eindruck als ehemaliger Spieler in Bezug auf die ganze Sportinfrastruktur: Es ist unglaublich, was da in den zurückliegenden sieben Jahren gebaut wurde! Für Fans und für Spieler ist es das Beste, was es aktuell gibt, unfassbar! Es gibt keine Anreizezeiten, alles ist innerhalb einer Stunde erreichbar. Die Menschen in Katar sind sehr gastfreundlich.

B.B.: Mich interessiert weniger, was da an Materie steht. In der kurzen Zeit habe ich die Essenz des Landes Katar noch nicht wirklich erfüllen können. Wir waren auch sehr in der Fußballblase. Wir kennen aber die Vereinigten Arabischen Emirate recht gut, wo wir beide Freunde haben, häufig zu Gast waren und es schätzen. Katar ist anders, da ist eine noch stärkere Authentizität, soviel konnte ich in Erfahrung bringen. Die Menschen sind unverstellter, nicht so distanziert. Sie haben einen herrlichen Humor! Und die Freude, uns da zu haben, die Besucher aus der ganzen Welt, war und ist echt. Sie trugen T-Shirts mit dem Aufdruck »Welcome to our Life« (Willkommen in unserem Leben; red.), das hat mich berührt. Ich bin ein offener Mensch, ich interessiere mich für Kulturen und Kunst, vor allem in anderen Gefilden. Es hat mir gut gefallen, dass die Menschen auf uns zugekommen sind. Alles andere, was dort in atemberaubender Zeit hochgezogen wurde, kann auch irgendwann wieder zu Sand verfallen.

T.B.: Nein, das kann nicht so schnell zusammenfallen!



KLIMAWANDEL? UNBEDINGT!

KOLUMNE CHRISTEN
IM WIDERSTAND

von Dr. Günther Riedl

Der Klimakult wurde einige Zeit vernachlässigt, denn es galt, zwei Jahre lang ums goldene Kalb Corona zu tanzen. Dies verliert nun merklich an Einfluss, und alle sollen sich wieder dem menschengemachten Klimawandel widmen: »der Mensch als Parasit der Erde« – etwa so: Treffen sich zwei Planeten, der eine kratzt sich. Fragt der andere: »Was hast Du?« – »Ich habe Homo sapiens.« – »Hatte ich auch mal, das geht vorüber.«

Der Mensch muss einfach verantwortlich sein für den hohen CO₂-Ausstoß, und dieser muss schuld sein an der Erderwärmung, warum würde das sonst in Endlosschleife verkündet? Warum unternähme man so immense Anstrengungen, besonders die pflichtbewussten Deutschen, die ihr Land unbewohnbar machen, auf dass der Rest der Welt bewohnbar bleibe?

Klimawandel gab es schon immer, aber der, den wir dringend brauchen, fehlt. Wir leben in einem asozialen Klima von Misstrauen und Spaltung, Freudlosigkeit, Angst vor dem Leben, Angst vor Krankheit und Tod. Wir brauchen aber ein Klima von Vertrauen und Nähe, Freude am Leben, Gelassenheit gegenüber Krankheit und Tod. Wie kommt es zu so einem Klimawandel?

ZUHÖREN BILDET
NEUES VERTRAUEN

Durch vertrauensbildende Maßnahmen. Diese können nicht angeordnet werden wie die erlittenen zerstörerischen Maßnahmen. Sie können nur freiwillig auf persönlicher Ebene unternommen werden. Wenn jemand, der Ungeimpfte drangsaliert hat und das als falsch erkennt, sich nicht entschuldigt, sondern um Verzeihung bittet, entsteht Vertrauen. Ebenso, wenn Ungeimpfte Geimpfte nicht meiden und nicht sagen: »Das kommt davon.« Wenn wir dem anderen zuhören, erfahren wir seine Beweggründe und auch, worunter er leidet. Salomo sagt (Sprüche 18,13): »Wer antwortet, ehe er hört, dem ist's Narrheit und Schande.« Und wir sollten auf Gott hören, wie er unsere Beziehungen möchte: »Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.« Und: »Einer trage des andern Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen.« Das Leben erstickt im krampfhaften Bemühen um Sicherheit, und es entfaltet sich, wo Menschen einander und Gott vertrauen.

Dr. Günther Riedl, 30 Jahre Kinderarzt in Uelzen, seit 2020 als Christ im Widerstand tätig.



»Es ist wenig Trennendes zwischen den Leuten in Katar.« Die Schauspielerin Britta Berthold und DW-Sportchef Thomas Berthold. Foto: privat.

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyeclmLurGH59q7DQJLCSdinYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:



ZEITUNGSWUNDER 20/21/22: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 20 Millionen in 115 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 15 vom 8. August 2020.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

Fortsetzung auf Seite 15



SPORT MIT BERTHOLD
INTERVIEW

Neuendorf. Das ist ja Wahnsinn, wie schnell die kommen und wieder gehen. Das hat es dem Bierhoff leicht gemacht. Der holte aus dem Unterbau Trainer, die an seine Agentur gebunden wurden. Und so wächst der Staat im Staat immer weiter und man kriegt die Leute allenfalls mit teuren Abfindungen wieder hinaus.

DW: Was tun?

T.B.: Man hat versäumt, die ganze Bayern-Entourage mal etwas zu dezimieren, auch sportlich. Hansi Flick ist ja auch ein ehemaliger FC-Bayern-Trainer. Durch die Bild-Zeitung gibt es zusätzlich großen Einfluss auf die Personalplanung. Müller und Neuer sind seit langem über den Zenit hinaus. Und jetzt kriegst du eben die Quittung. Und Selbstgefälligkeit war auch wieder dabei. Allein der Tross zur WM des DFB war doppelt so groß wie der zweitgrößte von Brasilien. »La Mannschaft« ist ausgewuchert.

DW: Wird DFB-Präsident Bernd Neuendorf stark genug sein, »La Mannschaft«, den Staat im Staat des DFB, zu beenden?

T.B.: Neuendorf ist neu im Amt und hat sich zuletzt mit dieser One-Love-Binde im Weltfußball isoliert. Wenn man ein Turnier erfolgreich bestreiten will, darf man keine Nebenkriegsschauplätze aufmachen. Ich bezweifle, dass Neuendorf eine Zäsur mit dem Staat hinkriegt.

DW: Würden Sie für einen Neuanfang beim DFB zur Verfügung stehen, Herr Berthold?

T.B.: Nein, mit der BRD und dem DFB jetzt erstmal nicht mehr. Wissen Sie, dafür müssen Sie auch der Typ sein, mit diesen Funktionären arbeiten zu wollen. Wir brauchen fußballerisch jedenfalls nichts mehr schönreden, auch nicht, dass die Spanier im letzten Spiel ebenfalls gegen Japan verloren. Meine Favoriten sind weiter Brasilien und Frankreich.

DW: Wie geht es für Sie beide weiter?

B.B.: Wir sind hier in der Schweiz Migranten, haben einen Migrantenausweis. Deutschland ist unsere Heimat. Der Umzug hat Kraft, Energie und Zeit gekostet. Ich bin ja schon einmal im Leben migriert, aus Ost-Berlin ausgereist. Das war einfacher als jetzt. Wir sind jetzt in der Schweiz erst richtig angekommen, aber es hat ein Jahr gedauert. Bis wir uns hier geerdet fühlen, braucht es noch Zeit. Aber es ist ein schönes Land und die Menschen sind anständiger. Da, wo wir in Frankfurt gelebt hatten, mitten im Financial District, wurde es zum Schluss immer gruseliger. So möchten wir nicht leben. Das ist eine synthetische, ungesunde Welt: Konsum und Banken in einem. Das schönste war die Alte Oper, da konnten wir hinlaufen. Wir brauchen die Natur und den Rückzug.

DW: Frau Berthold, Herr Berthold, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

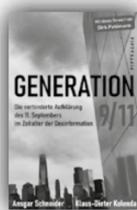
DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich. Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Erfogsleere.
Philosophie für die Arbeitswelt

Michael Andrick
Alber, K
978-3-495-49096-9



Generation 9/11.
Die veränderte Aufklärung des 11. Septembers im Zeitalter der Desinformation

Ansgar Schneider, Klaus-Dieter Kolenda, Fifty-Fifty
978-3-946-77825-7 978



Chronik einer Abrechnung.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-7-7



Wenn's keiner sagt, sag ich's.

Milosz Matuschek
Fiftyfifty-Verlag
ISBN: 978-3946778363



Der Kick des Geldes oder Wie unser Fußball verkauft wird.

Jens Berger
Westend
ISBN: 978-3-64894107



»Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen.«

Das Corona-Unrecht und seine Täter
Marcus Klöckner und Jens Wernicke, Rubik-Verlag
ISBN: 978-3-967890341



Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft

Zbigniew Brzezinski
Kopp-Verlag
ISBN: 978-3-86445-249-9



Endspiel Europa.
Warum das politische Projekt Europa gescheitert ist und wie wir wieder davon träumen können

Ulrike Guérot und Hauke Ritz
Westend
ISBN: 978-3-864893902



Schwarzbuch Corona.
Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses, Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg)

Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-1-5



Schmerzgrenze.
Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt

Joachim Bauer
Heyne, 978-3-453-60258-8

Fortsetzung von Seite 14

B.B. (lacht): Ja, aber die Menschen sind ...

T.B.: ... sehr gastfreundlich!

B.B. Ja, es ist wenig Trennendes zwischen den Leuten dort. Im Stadion saß eine tief verschleierte Frau neben mir, nur die Augen haben herausgeschaut. Sie sprach mich an und hat sich vorgestellt. Sie hat ihren Namen gesagt und »ich bin eine Katari, ich bin stolz darauf, dass Ihr unser Land besucht und dass wir jetzt zusammen dieses Spiel sehen«, gesagt. Das geschah auf eine berührende Art und so etwas habe ich so noch nicht erlebt.

D.W.: Das heißt also, das, was hier gegen die katarische Gesellschaft in den Medien lief war ...

T.B.: ... Propaganda!

D.W.: Wie ist es um das Nebeneinander von Armut und Reichtum in Katar bestellt?

T.B.: Die Kataris, die im Land geboren werden, werden maximal unterstützt, deren Kinder können an den besten Universitäten der Welt studieren, wenn sie das wollen. Sport, Kultur, ... es werden alle Möglichkeiten angeboten. Die meisten der Locals arbeiten in der Verwaltung. Und dann gibt es eben viele Expats, die dort arbeiten. Ich will es mal so formulieren: Es ist ein Land der Möglichkeiten. Die Locals, die Einheimischen, sind schon sehr privilegiert.

B.B.: Die Straßen sind relativ leer. Es geht kaum jemand zu Fuß.

T.B.: Es ist auch zu warm.

B.B.: Das Leben läuft andere Bahnen. Man ist viel drinnen. Aber wir sind auf sehr schöne Erkundungstouren eingeladen worden. Wir haben zum Beispiel einen Bauernhof besucht, ein Vorzeigeobjekt. Eine Oase in der Wüste, die früher von den Beduinen aufgesucht wurde. Dort wird die Wüste entwickelt und für die Landwirtschaft zurückgewonnen. Dort wird ganz gesund gekocht.

T.B.: Sie betreiben dort biodynamische Landwirtschaft.

B.B.: Dort hatten sie einen Küchenchef aus Moskau, ein junger Mann, im Grunde ein Künstler. Er hat Rohkostküche von der Pike auf gelernt, das mag ich sehr.

D.W.: Gibt es in Katar noch überlieferte Lebensformen, Beduinen oder traditionelle Dörfer?

B.B.: Ja, auf jeden Fall. Doha ist die größte Stadt des Landes, es gibt dort keine andere große Stadt. Der Basar, den wir kurz gesehen haben, erschien mir eher modern. Die Beduinen gibt es aber nach wie vor, das sind die ältesten Familien des Landes und diese Tradition wird fortgeführt. Das ist auch wichtig, damit die Seele dieses Volkes erhalten bleibt. Denn wo soll das alles hinführen? Dieses Volk braucht ja auch eine Evolution, eine weitere Entwicklungsbahnung, sonst passiert ja alles viel zu schnell! Das finde ich zumindest so.

T.B.: Den alten Stadtteil von Doha haben wir in der kurzen Zeit nicht kennengelernt.

DW: Denn der Fußball steht in diesen vier Wochen im Vordergrund. Was ist Ihr Resümee zum Abschneiden der deutschen Fußballnationalmannschaft im Turnier?

T.B.: Es ist ein großes Fass, dass wir da öffnen müssen. 2018 in Russland sind wir auch bereits in der Vorrunde ausgeschieden und die Europameisterschaft war auch nicht sehr erfreulich mit dem Ausscheiden im Achtelfinale. Und nun wieder das Ende in der Vorrunde. Die Antworten auf die sich stellenden Fragen beginnen mit dem Gesamtkonstrukt Nationalmannschaft. Der Manager Oliver Bierhoff hatte ja letztlich einen Staat im Staat gebaut. Dann die Inkompetenz dieses DFB-Präsidiums. Da sitzt keiner, der von Fußball wirklich eine Ahnung hat, es geht nur um Kommerzialisierung. Durch diese Abkapselung hat der Verband natürlich auch die Kontrolle verloren. Ich erinnere nur mal an die Nike-Aktion, als Bierhoff versuchte, den US-Sportartikelhersteller als Hauptsponsor zu gewinnen und Adidas abzulösen. Adidas hatte aber eine sogenannte Final-Call-Klausel im Vertrag und konnte das nochmal abwehren. Sogar um die Schuhverträge der Spieler gab es Krisenkonferenzen. Es gab und gibt unheimliche viele Themen um diesen Oliver Bierhoff herum.

D.W.: Der nach der WM 2022 am Wochenende nun zurückgetreten ist.

T.B.: Man hat sich auch vor Ort in Katar als Gesamterscheinung nicht beliebt gemacht. Es war obligatorisch, dass die Teams zu jeder Pressekonferenz einen Spieler mitbringen. Aber der DFB brachte keinen mit. Damit hat man sich ein Eigentor geschossen. Zur sportlichen Performance: Die Gruppe war nicht schwierig. Bei allem Respekt, aber Japan und Costa Rica sind keine Schwergewichte. Dass man hinter Spanien zumindest mal Gruppenspieler werden wollte, stand außer Frage. Kläglich gescheitert! Anders kann man das nicht titulieren. Ein wirkliches Aufarbeiten wird man wohl hinauszögern und es ist unklar, ob es das überhaupt geben wird. Der Präsident kommt aus der Politik, der war früher Staatssekretär im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen.

DW: War System mit Bierhoff denn nicht erfolgreich?

T.B.: Jürgen Klinsmann hat da ab 2004 zunächst wirklich eine neue Dynamik hineingebracht und bereitete auch den Weg zum Titel 2014, auch wenn dort die glücklichste, nicht die beste Mannschaft gewann. Doch auch ein Staat im Staat entstand. Der Sportverband DFB hat »La Mannschaft«, wie sie ja zunächst genannt werden sollte, nur noch das Budget abgesegnet. Die hatten kein Korrektiv mehr und konnten machen, was sie wollten. Sobald das Budget abgesegnet war, waren die autark. Der Jürgen Klinsmann war der Trainer und brachte den Oliver Bierhoff als Manager mit. Letzterer hat ein Eigenleben entwickelt, auch mit seiner Agentur, aus der er zwar offiziell ausgetreten ist, aber das lässt sich ja über Strohmänner organisieren und kann dann weiter an den wirtschaftlichen Gewinnen partizipieren. Und der DFB hat es auch nicht geschaffen zu sagen, »pass mal auf, Oliver, entweder machst du hier Verbandsarbeit, oder du machst deine Agenturarbeit. Beides geht eben nicht, weil es auch Interessenskonflikte gibt.« Das hat der DFB nicht hinbekommen, weil er in sich selbst nicht stark genug ist.

DW: Warum?

T.B. Durch diese ganzen Querelen in den letzten Jahren. Überlegen Sie mal, wie viele DFB-Präsidenten wir in den letzten Jahren hatten. Keller, Grindel und nun den

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnissen verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG

ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert und 2021 ausgebaut. 2022 wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 116 erscheint am 24. Dezember 2022.

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	_____
TELEFON + E-MAIL	_____
STRASSE, HAUSNUMMER	_____
POSTLEITZAHL UND ORT	_____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin